

NATO *Brief*

FRÜHJAHR 2001

Die transatlantische Bindung heute



Der **NATO Brief** wird im Auftrag des Generalsekretärs der NATO als Beitrag zu einer konstruktiven Erörterung atlantischer Fragen herausgegeben. Die im **NATO Brief** veröffentlichten Beiträge stellen daher nicht unbedingt die amtliche Auffassung oder Politik der NATO oder ihrer Mitgliedsregierungen dar.

CHEFREDAKTEUR: Christopher Bennett
REDAKTION: Vicki Nielsen
PRODUKTION: Felicity Breeze
LAYOUT: NATO Graphics Studio

Herausgeber: Direktor des Informations- und Pressedienstes
NATO Office of Information and Press,
B-1110 Brüssel, Belgien
Fax: 00 32 27 07 45 79
E-Mail: distribution@hq.nato.int

revieweditor@hq.nato.int
publications@hq.nato.int

Gesamtherstellung: SZ Offsetdruck-Verlag
Herbert W. Schallowetz GmbH
D-53757 Sankt Augustin

Die Beilage „Atlantischer Kurier“ wird von der Deutschen Atlantischen Gesellschaft e.V., Am Burgweiher 12, D-53123 Bonn, in eigener Verantwortung herausgegeben.

Der Nachdruck von Beiträgen bedarf der Genehmigung des Herausgebers, der Herkunftsangabe und – bei gezeichneten Artikeln – der Namensnennung des Verfassers.

Der **NATO Brief** erscheint auch in Dänisch – *NATO Nyt*; Englisch – *NATO Review*; Französisch – *Revue de l'OTAN*; Griechisch – *Deltio NATO*; Italienisch – *Rivista della NATO*; Niederländisch – *NAVO Kroniek*; Norwegisch – *NATO Nytt*; Polnisch – *Przegląd NATO*; Portugiesisch – *Noticias da OTAN*; Spanisch – *Revista de la OTAN*; Tschechisch; Türkisch – *NATO Dergisi*; Ungarisch – *NATO Tükör*. In isländischer Sprache (*NATO Fréttir*) erscheint jedes Jahr eine Ausgabe. Von Fall zu Fall werden auch Ausgaben in russischer und ukrainischer Sprache veröffentlicht.

NATO Review ist auch verfügbar über World Wide Web: www.nato.int/docu/review.htm

Der Informationsdienst der NATO gibt außerdem Handbücher, Broschüren und Faltblätter zu verschiedenen Themen heraus. Die Publikationen sind vorrätig in den NATO-Amtssprachen Englisch und Französisch, einige auch in deutscher Übersetzung.

Der **NATO Brief** wird zur Information der Öffentlichkeit kostenlos durch das
Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung, Referat 301 S
Dorotheenstr. 84, D-10117 Berlin
an Multiplikatoren abgegeben.

Bei jeder Bezugnahme dieses Magazins auf die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien wird durch (*) auf folgende Fußnote verwiesen: Die Türkei erkennt die Republik Mazedonien unter ihrem verfassungsmäßigen Namen an.

ISSN 0255-3813

inhalt

DIE NATO IM BLICKPUNKT

4
Kurznachrichten

DIE TRANSATLANTISCHE BINDUNG HEUTE

6
Bleibende Bindung
Simon Serfaty stellt die transatlantischen Beziehungen in ihren historischen Zusammenhang.



9
Stabil und beständig
James Dobbins bezeichnet Kontinuität als Kennzeichen der transatlantischen Beziehungen.

12
Auf ein Neues
Christoph Bertram befasst sich mit den Sorgen und Erwartungen der Europäer nach der Wachablösung im Weißen Haus.



TITELBILD

Colin Powell und Lord Robertson stellen sich am 27. Februar während des ersten NATO-Besuchs Colin Powells in seiner Eigenschaft als US-Außenminister den Vertretern der Medien.

DEBATTE

15
Vollzieht sich eine grundlegende Änderung der transatlantischen Sicherheitsbeziehungen?

FRANÇOIS HEISBOURG
VS ROB DE WIJK
In welche Richtung geht die NATO? Wie wirken sich die ESVP, die NMD und die Revolution im militärischen Sektor auf das Bündnis aus?

KURZBEITRÄGE

20
Neue Gesichter bei der NATO

21
ZMZ-Wiederaufbau

INTERVIEW

22
Andras Simonyi: Herold Ungarns

MEINUNG

24

Hohe Erwartungen

Andrej Zagorski befasst sich mit der Tauwetterperiode in den Beziehungen zwischen der NATO und Russland.



REZENSION

28

Die NATO verstehen

Michael Rühle rezensiert neuere Publikationen über das Bündnis.



MILITÄRISCHE ANGELEGENHEITEN

30

Schnellere Dislozierung

Elinor Sloan befasst sich mit der Mobilität und Dislozierbarkeit der NATO-Streitkräfte sowie mit den Auswirkungen der Programme zur Verbesserung der Verteidigungsfähigkeiten.

STATISTIK

34

Verteidigungsausgaben

VORWORT

Urteilt man nach den Leserbriefen, so scheint der neue NATO BRIEF großen Anklang zu finden. Die vorliegende Ausgabe weist noch einige weitere Neuerungen auf, darunter Interviews und eine Seite mit statistischen Angaben. Das zentrale Thema dieser Ausgabe bilden die transatlantischen Sicherheitsbeziehungen als Fundament des Atlantischen Bündnisses, wie sie sich nach dem Regierungswechsel in den Vereinigten Staaten darstellen. Simon Serfaty vom Washingtoner Zentrum für strategische und internationale Studien, stellt die transatlantischen Beziehungen in ihren historischen Zusammenhang. Botschafter James Dobbins, Leiter der Europaabteilung im amerikanischen Außenministerium, legt in einem Interview dar, dass er in diesen zentralen Beziehungen trotz des Regierungswechsels Kontinuität erwartet. Und Christoph Bertram, Direktor der Berliner *Stiftung Wissenschaft und Politik*, befasst sich mit den Sorgen und Erwartungen der Europäer. In der DEBATTE dieser Ausgabe untersuchen François Heisbourg, Direktor des Genfer Zentrums für Sicherheitspolitik, und Rob de Wijk, Professor für internationale Beziehungen an der Königlichen Militärschule der Niederlande in Breda, die Veränderungen in den transatlantischen Sicherheitsbeziehungen. Die Kurzbeiträge befassen sich mit dem PfP-Praktikantenprogramm der NATO und der zivilmilitärischen Zusammenarbeit im Kosovo. Andras Simonyi, der bis Januar 2001 als erster Botschafter Ungarns Ständiger Vertreter seines Landes bei der NATO war, äußert sich in einem Interview zu den Auswirkungen der NATO-Mitgliedschaft auf Ungarn. In der Rezension bespricht Michael Rühle, Leiter des Referats Politische Planung und Ausarbeiten von Reden in der NATO-Abteilung für politische Angelegenheiten, einige neuere Bücher über die NATO. Unter der Rubrik MEINUNG analysiert Andrej Zagorski vom Ost-West-Institut die jüngsten Entwicklungen in den Beziehungen zwischen der NATO und Russland. Und Elinor Sloan von der Abteilung für strategische Analysen des Führungsstabs der kanadischen Streitkräfte befasst sich mit der Mobilität und Dislozierbarkeit der Bündnisstreitkräfte. Den Schluss bilden dann statistische Angaben zu den Verteidigungsausgaben der NATO.

Christopher Bennett



Die CD-ROM NATO 2000 vermittelt einen Einblick in die Rolle und die Arbeit der NATO. Sie skizziert die Entwicklung des Bündnisses und schildert den Anpassungsprozess, den es zur Bewältigung der Sicherheitsaufgaben des 21. Jahrhunderts eingeleitet hat. Auf Anfrage kostenlos erhältlich bei:

Distribution Unit
Office of Information and Press
NATO
B-1110 Brüssel

Die Redaktion informiert (Datei: Redaktion) und Zusatztext zur CD-ROM, s. vorige deutsche Ausgabe S. 17; Zusatztexte auf den Seiten 29 und 33 s. ebenfalls vorige deutsche Ausgabe, S. 15 bzw. 20

DIE NATO IM BLICKPUNKT

Am 26. März kam NATO-Generalsekretär **Lord Robertson** während eines Besuchs in **Skopje** (ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien*) mit Präsident **Boris Trajkovski** und führenden Vertretern der politischen Parteien des Landes zusammen. Lord Robertson bekräftigte, dass die NATO die Regierung in ihrem Kampf gegen Rebellen albanischer Abstammung unterstützt, aber er mahnte auch nachdrücklich zu Zurückhaltung und forderte die Aufständischen auf, die Waffen niederzulegen.

Am 26. März erläuterte **Lord Robertson** als Hauptredner einer Konferenz in **Rom**, die sich mit den Sicherheitsgefahren und Perspektiven Südosteuropas befasste, die Prioritäten der NATO in dieser Region.

Am 21. März gab **Lord Robertson** ein Maßnahmenpaket bekannt, mit dem die Stabilität im Süden des Balkans erhöht und die Unterstützung der NATO für die multiethnische Regierung der **ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien*** zum Ausdruck gebracht werden sollte.

Am 21. März kam der Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, **Jakob Kellenberger**, in der NATO-Zentrale mit **Lord Robertson** zusammen und hielt eine Rede vor dem **EUro-Atlantischen Partnerschaftsrat**.

Informationen zu Bosnien



Am 19. März traf der Hohe Beauftragte, **Wolfgang Petritsch**, in der NATO-Zentrale mit **Lord Robertson** zusammen und informierte Vertreter der **SFOR-Truppensteller** über die Lage in Bosnien und Herzegowina (Bosnien).

Am 14. März stießen **jugoslawische Truppen** zum ersten Mal seit dem Abzug der jugoslawischen Armee aus dem Kosovo (Juni 1999) wieder in die **Sicherheitszone** vor, die sich im Süden Serbiens in einer Breite von 5 km entlang der Grenze zum Kosovo erstreckt.

Am 16. März besuchte **Lord Robertson Athen**, wo er mit dem griechischen Präsidenten **Konstantinos Stefanopoulos** und Premierminister **Konstantinos Simitis** sowie mit dem Außen- und dem Verteidigungsminister Griechenlands zusammenkam.

Die Lage im Kosovo und den angrenzenden Gebieten stand im Mittelpunkt der Gespräche, die am 14. März in Brüssel zwischen dem **Nordatlantikrat** und dem **Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee der EU** stattfanden.

Vom 13.-15. März nahmen im Hauptquartier des Teilstreitkraftkommandos COMNAVORTH in **Northwood** (England) Mediziner und Experten für die Bergung von U-Booten aus 13 NATO-Staaten an der Übung **Phoenix 2001** teil, mit der Verfahren für die Rettung von U-Booten aus Seenot erprobt werden sollten.

Am 12. März wurde in Südserbien durch die **Vermittlung der NATO** eine Feuerpause zwischen der **Bundesrepublik Jugoslawien** und **Extremisten albanischer Abstammung** erreicht.

USA-Reise

Vom 6.-10. März stattete **Lord Robertson** den **Vereinigten Staaten** einen Besuch ab. Er traf mit VN-Generalsekretär **Kofi Annan** zusammen und nahm an einer informellen Tagung des VN-Sicherheitsrats teil, bevor er mit dem amerikanischen Präsidenten **George W. Bush** und führenden Mitgliedern der neuen Regierung sowie mit mehreren Senatoren und Abgeordneten des Repräsentantenhauses zusammenkam. Er zählte auch zu den Rednern eines Symposiums, das vom American Enterprise Institute veranstaltet wurde.

Am 8. März gab **Lord Robertson** Maßnahmen bekannt, mit denen die Stabilität in **Südserbien** und der **ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien*** wiederhergestellt und die Verletzung der **Sicherheitszone** durch Extremisten albanischer Abstammung verhindert werden soll.

Am 5. und 6. März kamen **NATO-Parlamentarier** und **russische Parlamentsabgeordnete** in der NATO-Zentrale zu Gesprächen über die politische, militärische, wissenschaftliche und ökologische Zusammenarbeit zusammen und erörterten die Notwendigkeit, den Dialog zu stärken.

Am 5. März erörterte der bulgarische Präsident **Petar Stojanow** in der NATO-Zentrale mit den **NATO-Botschaftern** die Besorgnis erregende Gewaltzunahme in der benachbarten ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien*.

Vom 1.-9. März fand in **Halifax** (Neuschottland), im kanadischen Pearson-Zentrum für friedenserhaltende Maßnahmen die Übung **Cooperative Osprey 2001** statt, an der sechs NATO-Mitglieder und 13 Partnerstaaten beteiligt waren.

Am 28. Februar stattete der ehemalige dänische Verteidigungsminister und neue Sonderbeauftragte der Vereinten Nationen, **Hans Hækkerup**, der NATO einen Besuch ab, um die **NATO-Botschafter** über die Lage im Kosovo und den angrenzenden Gebieten zu informieren.

Besuch Colin Powells



Am 27. Februar traf der amerikanische Außenminister **Colin Powell** während eines Besuchs bei der NATO mit **Lord Robertson** und den **Außenministern** der anderen **NATO-Staaten** zusammen. Er hob hervor, dass die neue amerikanische Regierung die Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität unterstützt und sich verpflichtet hat, die Bündnispartner zu Plänen bezüglich der nationalen Raketenabwehr zu konsultieren.

Am 27. Februar kamen in der NATO-Zentrale zum ersten Mal Vertreter der **EU**, der **OSZE**, der **NATO**, der **Vereinten Nationen** und des UNHCR zur Erörterung der Frage zusammen, wie man die Probleme aufgrund der zunehmenden Gewalt entlang den Grenzen des Kosovos in den Griff bekommen kann.

Lord Robertson kam am 21. und 22. Februar in **Prag** mit dem tschechischen Präsidenten **Václav Havel**, Premierminister **Milos Zeman** und dem Außen- und dem Verteidigungsminister der Tschechischen Republik zusammen.

Neue

Kommandoregelungen
Im Einklang mit den im vorigen Jahr bekannt gegebenen neuen Komman-

doregelungen hat **AFSOUTH** (Alliierte Streitkräfte Südeuropa), ein Regionalkommando in Neapel, am 20. Februar von **SHAPE** (Oberstes Hauptquartier der Alliierten Mächte in Europa) die Führung der Stabilisierungstruppe (**SFOR**) übernommen. Das **KFOR-Kommando** wurde AFSOUTH bereits am 18. Januar übertragen.

Informationsbüro in Moskau



Am 20. Februar eröffnete **Lord Robertson** in Moskau das **NATO-Informationsbüro** – ein deutliches Zeichen für die Verbesserung der Beziehungen zu Russland.

Am 19. Februar erörterten **NATO-Parlamentarier** mit dem Nordatlantikrat die derzeitige Tagesordnung der NATO.

Neuer Botschafter Ungarns

Am 19. Februar wurde Botschafter **János Herman** als Nachfolger von Botschafter **Andras Simonyi** zum neuen **Ständigen Vertreter Ungarns** im Nordatlantikrat ernannt. Der 48-jährige Berufsdiplomat war vor seinem Wechsel nach Brüssel im ungarischen Außenministerium für multilaterale Angelegenheiten zuständig.

Vom 18.-22. Februar nahmen auf der Karibikinsel **Curaçao** mehr als 1500 Personen aus sieben NATO-Staaten an der Katastrophenhilfeübung **Relieve Discomfort 2001** teil.

Vom 15.-28. Februar nahmen zwölf NATO-Staaten östlich von Sizilien im **Ionischen Meer** an der Übung **Dogfish 2001** teil, die als jährlich stattfindende Übung die weltweit umfangreichste Übung zur U-Boot-Abwehr darstellt.

Am 15. Februar kamen in der NATO-Zentrale der stellvertretende serbische Ministerpräsident **Nebojsa Covic** und

DIE NATO IM BLICKPUNKT

der jugoslawische Außenminister **Goran Svilanovic** mit **Lord Robertson** und den **NATO-Botschaftern** zusammen, um Vorschläge zum Abbau der Spannungen in Südserbien zu erörtern.

Vom 15.-19. Februar fand in der NATO-Zentrale die diesjährige Krisenbewältigungsübung **CMX 2001** statt, an der zum ersten Mal auch Partnerstaaten beteiligt waren.

Vom 14.-16. Februar wurde in der NATO-Zentrale auf dem diesjährigen Seminar des NATO-Ausschusses für Verifikationskoordinierung von den 30 Unterzeichnerstaaten des **KSE-Vertrags** dessen Durchführung erörtert.

Am 6. Februar kam der neue Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, **Ruud Lubbers**, in der NATO-Zentrale mit **Lord Robertson** zusammen.

Am 5. Februar fand in Brüssel im Einklang mit den neuen Regelungen für ständige Konsultationen zwischen der EU und der NATO die erste Tagung des **Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees der EU** und des **Nordatlantikrats** statt.

Auf der diesjährigen Konferenz zur internationalen Sicherheitspolitik, die vom 2.-3. Februar in **München** stattfand, skizzierte **Lord Robertson**, der dort auch mit dem neuen amerikanischen Verteidigungsminister **Donald Rumsfeld** zusammentraf, die zentralen Elemente der Tagesordnung des Bündnisses.

Am 1. und 2. Februar kam **Lord Robertson** in **Oslo** mit dem norwegischen Ministerpräsidenten **Jens Stoltenberg** sowie dem Außen- und dem Verteidigungsminister Norwegens zusammen.

Am 2. Februar besuchte der **Militärausschuss** als höchstes militärisches Gremium der **NATO Northwood** (England), das sowohl dem NATO-Regionalkommando Ostatlantik (EASTLANT) als auch den Alliierten Seestreitkräften Nord (**NAVORTH**) als Hauptquartier dient.

Am 31. Januar kam der litauische Premierminister **Rolandas Paksas** in der NATO-Zentrale mit **Lord Robertson** zusammen, um die Beziehungen zu Russland, friedenserhaltende Maßnahmen auf dem Balkan und die Vorbereitungen Litauens auf die NATO-Mitgliedschaft zu besprechen.

Abschied **Bernard Kouchners**



Am 30. Januar hielt der ehemalige VN-Sonderbeauftragte für den Kosovo, **Bernard Kouchner**, in der NATO-Zentrale anlässlich des Endes seiner einjährigen Amtszeit eine Rede vor dem **Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat** und Vertretern anderer KFOR-Truppensteller.

Am 25. Januar traf **Lord Robertson** in **Berlin**, wo er auch seinen diesjährigen **Manfred-Wörner-Gedenkvortrag** hielt, mit dem Bundesminister der Verteidigung, **Rudolf Scharping**, zusammen.

Am 24. Januar kam der rumänische Ministerpräsident **Adrian Nastase** in der NATO-Zentrale mit **Lord Robertson** zusammen, um den rumänischen KFOR- und SFOR-Beitrag sowie die Vorbereitungen Rumäniens auf die NATO-Mitgliedschaft zu erörtern.

Am 22. Januar traf der mongolische Ministerpräsident **Nambariin Enkhbayar** in der NATO-Zentrale mit **Lord Robertson** zusammen.

Abgereichertes Uran

Am 16. Januar kam zum ersten Mal der **Ausschuss für abgereichertes Uran**, der als Reaktion auf die Besorgnis der Öffentlichkeit wegen möglicher umweltbedingter Gesundheitsgefahren im Zusammenhang mit der Verwendung abgereicherten Urans gebildet wurde und sich aus NATO-Bediensteten und Vertretern früherer und jetziger SFOR- und KFOR-Truppensteller zusammensetzt, zur Erörterung medizinischer und sonstiger wissenschaftlicher Befunde zusammen. Einen Tag vorher war das führende beratende NATO-Gremium für medizinische Fragen, der **Ausschuss der Leiter der Sanitäts- und Gesundheitsdienste**, zu einem Informationsaustausch zusammengetreten.

Vom 15.-18. Januar besuchte **Lord Robertson** **Armenien, Aserbaidschan**

und **Turkmenistan**, mit deren Staatsoberhäuptern sowie Außen- und Verteidigungsministern er Gespräche führte.

Am 11. Januar stattete **Lord Robertson** **Schweden**, das derzeit den EU-Vorsitz führt, einen Besuch ab, um mit der schwedischen Außenministerin **Anna Lindh** und Verteidigungsminister **Björn von Sydow** Gespräche darüber zu führen, wie sich im Hinblick auf Krisenbewältigungsaufgaben solide Beziehungen zwischen der EU und der NATO herstellen lassen.

Erster Besuch aus Jugoslawien



Am 10. Januar traf der jugoslawische Außenminister **Goran Svilanovic** als erster jugoslawischer Minister nach dem Sturz des jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic mit **Lord Robertson** und den NATO-Botschaftern zusammen.

Neuer Botschafter des Vereinigten Königreichs

Am 8. Januar trat Botschafter **David Manning** als neuer **Ständiger Vertreter des Vereinigten Königreichs** im Nordatlantikrat die Nachfolge von Botschafter **Sir John Goulden** an. Von 1998-2000 war der jetzt 51-jährige Berufsdiplomat in führender Position im britischen Außenministerium tätig, nachdem er von 1995 bis 1998 Botschafter seines Landes in Israel gewesen war.

Am 20. Dezember 2000 stattete **Lord Robertson** der **SFOR** anlässlich des fünften Jahrestags der Entsendung von NATO-Truppen nach Bosnien einen Besuch ab und traf in **Sarajewo** (Bosnien) mit führenden bosniakischen, kroatischen und serbischen Politikern zusammen.

Am 14. und 15. Dezember 2000 kamen in **Brüssel** die **Außenminister der NATO-Staaten** zusammen und vereinbarten einen vorläufigen Kurs zur Erarbeitung ständiger Regelungen für die Beziehungen zwischen der NATO

und der EU, verwiesen jedoch darauf, dass die praktischen Einzelheiten noch festzulegen seien. Die Minister trafen auch mit ihren Amtskollegen aus Russland und der Ukraine sowie aus anderen Partnerstaaten zusammen.

Besuch **Boris Trajkovskis**



Am 7. Dezember 2000 kam der Präsident der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien*, **Boris Trajkovski**, in der NATO-Zentrale mit **Lord Robertson** zusammen, um die Sicherheitslage Südosteuropas, die Beziehungen zur KFOR und die Vorbereitungen seines Landes auf eine eventuelle NATO-Mitgliedschaft zu erörtern.

Am 6. Dezember 2000 wurden neue **vertrauensbildende Maßnahmen** für **Griechenland** und die **Türkei** bekannt gegeben, denen zufolge sich die beiden Länder militärische Übungen gegenseitig im Voraus anzeigen.

Am 5. und 6. Dezember 2000 kamen die **Verteidigungsminister der NATO-Staaten** in **Brüssel** zusammen, um insbesondere die Initiative zur Verteidigungsfähigkeit und die Beziehungen zwischen der EU und der NATO zu erörtern. Die Minister verabschiedeten auch einen für fünf Jahre geltenden Streitkräfteplan, überprüften die nationalen Verteidigungspläne der Bündnisstaaten für den Zeitraum 2001-2005 und billigten die neue Ministerrichtlinie für die Verteidigungsplanung (bis 2008) der NATO und ihrer Mitgliedsstaaten. Die Minister trafen auch mit ihren Amtskollegen aus Russland und der Ukraine sowie aus anderen Partnerstaaten zusammen. Der VN-Sondergesandte **Carl Bildt** unterrichtete die im **Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat** zusammengetretenen Minister über die Entwicklungen auf dem Balkan, und General **Joseph Ralston** (SACEUR) berichtete über den Stand der KFOR- und der SFOR-Operationen.



Weitere Informationen:
www.nato.int/docu/update/index.htm

Bleibende Bindung

Simon Serfaty stellt die transatlantischen Beziehungen in ihren historischen Zusammenhang und erörtert Fragen, die auf sie in den nächsten Jahren wahrscheinlich einen maßgeblichen Einfluss haben werden.



© NATO

Visionäre Worte: Die Ideale Präsident Trumans erhellten wie ein Leuchtfeuer die Dunkelheit der Nachkriegszeit und weisen auch jetzt noch den Weg nach vorn.

Wenn künftige Historiker auf das Jahr 2001 zurückblicken, werden sie wohl mit ehrfürchtigem Staunen registrieren, was in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts erreicht wurde. Aus einer gewagten Vision – viele sprachen sogar von einer gefährlichen Illusion – wurde allmählich eine unwiderrufliche Tatsache. Die Geschichte änderte sich, und die Geographie verlagerte sich, da die Staaten Europas eine integrierte Struktur à l'américaine entwickelten, während sich die Vereinigten Staaten eine Sicherheitsidentität à l'européenne aneigneten.

Die nach dem Zweiten Weltkrieg gegründeten Institutionen, die teilweise vom „Europa zuerst“ der Regierung Truman geprägt waren, haben zur Entwicklung einer verantwortungsbewussten

Simon Serfaty ist an der Old-Dominion-Universität in Norfolk (Virginia) Professor für amerikanische Außenpolitik und Direktor der Europaabteilung des Washingtoner Zentrums für strategische und internationale Studien. Zu seinen Büchern zählen „Taking Europe Seriously“ (Palgrave, 1992), „Stay the Course“ (Praeger, 1997), „Memories of Europe's Future: Farewell to Yesteryear“ (CSIS, 1999) und „Europe 2007: From Nation-States to Member States“ (CSIS, 2000).

euro-atlantischen Interessen- und Staatengemeinschaft beigetragen, ohne die man weder in den Vereinigten Staaten noch in Europa so gut, so frei und so sicher leben könnte, wie dies heute der Fall ist. Zudem sind die Organisation des Nordatlantikvertrags (NATO) und die Europäische Union auch nach dem Ende des Kalten Krieges unverändert die institutionellen Stützpfiler dieser Staatengemeinschaft.

Trotz der zahlreichen Erfolge, die auf die transatlantische Bindung zurückgehen, begegnen Amerikaner und Europäer einander nach wie vor mit tiefer Skepsis. Die angeblich gemischten Gefühle der Vereinigten Staaten gegenüber der Entwicklung Europas zu einem Staatenbund und die angeblich ambivalente Haltung Europas gegenüber der amerikanischen Führungsrolle in der NATO geben sogar weiterhin Anlass zu der Sorge, in den transatlantischen Beziehungen sei ein Graben aufgerissen. Natürlich lässt sich die unter den europäischen Nationalstaaten herrschende Besorgnis weitgehend durch die Folgen des Wandels in den europäischen Ländern erklären, während die Besorgnis in den Vereinigten Staaten mit der Furcht zusammenhängt, Europa könne sich zu einem Gegengewicht entwickeln, das unabhängig von den Vereinigten Staaten oder sogar gegen sie aktiv werden kann. Wie übertrieben solche Befürchtungen auch sein mögen, man kann sie nicht einfach ignorieren. Im 20. Jahrhundert trugen die Macht und Führungsstärke der Vereinigten Staaten viermal – 1917, 1941,

1949 und 1989 – dazu bei, die Europäer zum Wohle aller, auch der Vereinigten Staaten, vor sich selbst zu retten. Trotzdem sind noch immer zu viele Europäer bereit, die Führung der Vereinigten Staaten als aufdringlich, scheinheilig, ineffizient und sogar gefährlich in Frage zu stellen.

Die europäischen Befürchtungen traten während der letzten Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten besonders deutlich zutage. Während des Wahlkampfs wurde in einigen europäischen Medien über die beiden Hauptkandidaten und insbesondere über den der Republikaner mit nahezu beleidigenden Formulierungen berichtet. Ein Großteil der Besorgnis schien auf die stark vereinfachende Ansicht zurückzuführen zu sein, dass Änderungen der politischen Mehrheitsverhältnisse oder ein Präsidentenwechsel unweigerlich Änderungen des außen- und sicherheitspolitischen Kurses zur Folge haben müssten. Die Erfahrungen der letzten 50 Jahre deuten jedoch darauf hin, dass politische Kurswechsel während der Amtszeit einer Regierung häufig tiefer greifende Auswirkungen haben als die Änderungen von der einen zur nächsten Regierung, denn Entwicklungen im Ausland haben amerikanische Präsidenten oft zu einem Kurswechsel veranlasst. So machte Jimmy Carter im Januar 1980 ein Jahr vor dem Amtsantritt seines Nachfolgers unter dem Eindruck der sowjetischen Invasion in Afghanistan und der Revolution im Iran eine klare außenpolitische Kehrtwende um 180°. Dagegen änderte Ronald Reagan seinen Kurs, als das „Reich des Bösen“ das er zuvor bekämpft hatte, zusammenbrach. Und das offensichtliche Interesse seines Nachfolgers an einer globalen Führungsrolle wurde im Herbst 1991 aufgegeben, als George Bush meinte, seine Wiederwahl verlange ein neues Image. Dieses Image passte aber besser zu Bill Clinton – zumindest bis 1994, als er sich nach den Kongresswahlen des gleichen Jahres in seiner neuen globalen Führungsrolle präsentierte und viele der politischen Initiativen einleitete, deren Folgen nun während der Amtszeit seines Nachfolgers zum Tragen kommen.

Die Vorstellung, ein amerikanischer Präsident könne Europa im Jahr 2001 mit voller Absicht oder aus mangelnder Erfahrung den Rücken zukehren, setzt eine enorme Entscheidungsfreiheit voraus, die allerdings sofort mit dem Ende eines Wahlkampfes erlischt. Die amerikanische Präsenz in Europa ist inzwischen so umfassend, dass jede Möglichkeit einer Abkehr von Europa zunichte gemacht wird. Kurzum, die im 19. Jahrhundert so sorgfältig quer durch den Atlantik errichtete Trennmauer ist von den wiederholten europäischen Stürmen des 20. Jahrhunderts weggespült worden. Auch wenn die Vereinigten Staaten weder durch eine Art Berufung noch durch ihre freie Entscheidung eine europäische Macht sind, sind sie sowohl aufgrund ihrer Position als auch aufgrund ihrer Interessen eine Macht in Europa.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts stehen nun die NATO wie auch die EU vor einem breiten und komplexen Aufgabenspektrum. Obschon die Aufgaben und Prioritäten der einzelnen Organisationen unterschiedlich ausfallen, ist das allgemeine Prinzip das gleiche: Erweiterung mit dem Ziel der Vertiefung, Vertiefung mit dem Ziel der Erweiterung und Reform im Hinblick auf beide Ziele. Keine der beiden Organisationen kann jedoch davon ausgehen, dass sie in der Lage ist, ihr Arbeitsprogramm unabhängig von der jeweils anderen zu bewältigen. Die Programme der beiden Organisationen sind zwar voneinander trennbar, aber keines lässt sich von dem übergeordneten transatlantischen Programm trennen, zu dem es gehört.

Hoch oben auf der transatlantischen Tagesordnung stehen die Pläne bezüglich einer nationalen Raketenabwehr (NMD – National

Missile Defense) und einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), die jede Seite des Atlantiks gern als Bewährungsprobe für den Zusammenhalt nach dem Ende des Kalten Krieges hinstellt. Dies ist jedoch kaum überzeugend, denn sowohl die NMD als auch die ESVP werfen nach wie vor zu viele legitime Fragen auf, und es spricht zu wenig dafür, dass es genügend glaubwürdige Antworten gibt. Kann das funktionieren? Wenn ja, ist das bezahlbar? Wenn ja, ist das Kosten-Nutzen-Verhältnis vertretbar? Wenn ja, ist dies alles überhaupt notwendig? Wenn ja, werden die negativen Auswirkungen die möglichen Vorteile überwiegen? Und so wird die Serie der Fragen sowohl für die NMD als auch für die ESVP fortgesetzt – eine parallel geführte Debatte über mutmaßliche Absichten, die auf beiden Seiten des Atlantiks und über diese beiden Seiten so verzerrt dargestellt werden, dass Konsequenzen drohen, die sich keine Seite wünschen oder gar leisten kann. Zudem ist eine derartige Debatte noch auf mehrere Jahre hin verfrüht, da sich Europa mit ebenso geringer Wahrscheinlichkeit auf seine virtuelle ESVP verlassen wird, um ohne die Vereinigten Staaten ins Feld zu ziehen, wie sich die Vereinigten Staaten hinter ihrem virtuellen NMD-Schutzschirm von Europa distanzieren. Stattdessen werden wahrscheinlich sowohl die ESVP als auch die NMD weiterhin eher eine Debatte der Europäer und der Amerikaner untereinander als eine Debatte zwischen ihnen auslösen.

Die ESVP ist jedenfalls das, was jede amerikanische Regierung seit 1945 von Europa erwartet hat, nämlich eine erweiterte militärische Fähigkeit, welche die Vereinigten Staaten entlastet, weil sie mit oder ohne, aber nicht gegen sie funktioniert und auch nicht trotz der Vereinigten Staaten genutzt wird. Zudem ist die NMD auf der anderen Seite genau das, was Europa von den Vereinigten Staaten will – ein erweiterter Schutz, der die Folgen eines militärischen Fehlschlags mildert, falls ein versehentlich oder auch absichtlich ausgelöster Konflikt auf die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten und Freunde übergreifen sollte.

Im Gegensatz zu den Argumenten der NMD-Kritiker droht die NMD nicht, die Vereinigten Staaten von Europa abzukoppeln, einen neuen Kalten Krieg auszulösen, einen neuen Rüstungswettlauf zu beschleunigen und die Abschreckungspolitik zu destabilisieren, sondern mit ihr soll das weitere Engagement der Vereinigten Staaten sichergestellt, der Kalte Krieg begraben, ein militärischer Wettlauf vermieden und die Abschreckungspolitik stabilisiert werden. Die Vereinigten Staaten sind sich darüber im Klaren, dass die heutige unipolare Welt nur ein Übergangsstadium darstellt und aufstrebende Mächte sowie Staaten, denen man jeden guten Willen absprechen muss, letztlich die nach dem Ende des Kalten Krieges entstandene internationale Ordnung und daher auch die Interessen der Vereinigten Staaten und ihrer Bündnispartner in Frage stellen werden. Als Ausdruck ihrer freien Entscheidung (Zusammenhalt des Bündnisses), aus Gründen der Notwendigkeit (Radaranlagen auf Grönland und in England) und aufgrund weitsichtiger Vorsicht (zunehmende Bedrohung durch Verbrecherstaaten und andere Gefahren, die sich nicht genau definieren lassen) täten die europäischen Staaten gut daran, ihre Einwände gegen die NMD noch einmal zu überdenken. Die Vereinigten Staaten wären indessen gut beraten, wenn sie ihr Konzept zu einem multilateralen System, das Europa und andere Staaten erfasst, ausbauen würden, statt trotz der Proteste ihrer Bündnispartner ein eher begrenztes System aufzubauen.

Die Verbesserung der Beziehungen zwischen der EU und den Vereinigten Staaten bzw. zwischen der EU und der NATO war ein latenter Faktor sowohl der NATO- als auch der EU-Erweiterung.

Seit 1949 bzw. 1957 der Washingtoner Vertrag bzw. die Römischen Verträge unterzeichnet wurden, ist man in den Vereinigten Staaten wie auch in Europa stillschweigend davon ausgegangen, die beiden Organisationen könnten so erweitert werden, dass NATO-Mitglieder in die damalige Europäische Gemeinschaft und EG-Mitglieder in die NATO aufgenommen würden. Die ersten sechs EG-Staaten waren alle Gründungsmitglieder der NATO, und vier der sechs zwischen 1973 und 1986 beigetretenen Staaten waren bereits Mitglieder der NATO (Dänemark, Griechenland, Portugal, Vereinigtes Königreich), während ein fünfter EG-Nachzügler (Spanien) innerhalb weniger Wochen auch NATO-Mitglied wurde. 1986 war Irland somit das einzige EG-Land, das nicht dem damals 16 Mitglieder umfassenden Atlantischen Bündnis angehörte, und die Türkei, Norwegen und Island waren die einzigen NATO-Mitglieder, die nicht auch dem Europa der 12 angehörten. Seit dem Ende des Kalten Krieges ist diese Kluft jedoch größer geworden, da die 1995 beigetretenen neuen EU-Staaten alle drei nicht der NATO angehören (Finnland, Österreich und Schweden), während die 1999 der NATO beigetretenen Staaten alle drei nicht der EU angehören (Polen, Tschechische Republik und Ungarn).

Würde die Kluft zwischen den Mitgliederkreisen dieser beiden westlichen Organisationen überbrückt, so würde dies die institutionelle Komplementarität erleichtern, die sowohl von Europa als auch von den Vereinigten Staaten angestrebt wird. Dies könnte auch stillschweigend für jede künftige Erweiterung als Richtschnur anerkannt werden und zu dem führen, was der einstige italienische Premierminister Aldo Moro parallele konvergente genannt hätte, wobei der Konvergenzpunkt erreicht wäre, wenn alle EU-Staaten auch NATO-Mitglieder und alle europäischen NATO-Staaten auch EU-Mitglieder wären. Im Frühjahr 2002 dürften einige Beitrittskandidaten so ausreichende Fortschritte gemacht haben, dass die NATO und die EU auf getrennten oder gemeinsamen Gipfeltreffen ihren jeweiligen Erweiterungsverpflichtungen nachkommen können.

Die Komplementarität zwischen der EU und der NATO ist nicht nur eine Frage des Mitgliederkreises. Sie hat auch eine politische Dimension. Da sich keine der beiden Organisationen mit allen Aufgabenbereichen befasst, können sie getrennte, wenn auch nicht trennbare Aufgaben übernehmen. So kann die NATO ihre Mitglieder vor Angriffen von außen schützen, während sich die EU um Sicherheitsprobleme kümmert, die eher im zivilen Bereich liegen und den Frieden bedrohen könnten. In mehreren durch Instabilität und sogar Konflikte gekennzeichneten Gebieten von zentraler Bedeutung, einschließlich Südosteuropas und der Ägäis, wäre eine bessere Abstimmung zwischen diesen beiden Organisationen und ihren Mitgliedern wünschenswert. Die furchtbaren Zustände, unter denen das ehemalige Jugoslawien Anfang der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts litt, hätten vermutlich teilweise vermieden werden können, wenn sich nicht nur die NATO, sondern auch die EU früher engagiert hätte, und die Hoffnung darauf, dass man weiterem Terror entgegen kann, hängt entscheidend davon ab, dass sich Europa auf seine Weise engagiert, auch wenn dieses europäische Engagement von den Vereinigten Staaten gelegentlich nicht anerkannt wurde.

Auf der transatlantischen Tagesordnung stehen natürlich auch noch andere Themen. Beispielsweise Russland – zu nah, um es einfach zu ignorieren, zu groß, um es zu integrieren, und zu nuklear,

um es zu beleidigen. Man kann immer noch davon ausgehen, dass Russland versuchen wird, jede Möglichkeit zu nutzen, um einen Keil zwischen Europa und die Vereinigten Staaten zu treiben, sei es in der Frage der NMD, der NATO-Erweiterung, der ESVP oder der EU-Erweiterung. Hier kommt es entscheidend darauf an, Moskau davon zu überzeugen, dass die Ausweitung der euro-atlantischen Nachbarschaft auch dazu beiträgt, das Gebiet der NATO-Sicherheit und des EU-Wohlstands auf nicht der NATO und nicht der EU angehörende Staaten (darunter vor allem auf Russland) auszudehnen. Sieht man einmal von Russland ab, so sollten die institutionellen Waisenkinder Europas, d.h. Staaten, die weder der EU noch der NATO angehören und vielleicht lernen müssen, für längere Zeit allein zurechtzukommen, auch nicht einfach sich selbst überlassen bleiben. Eine verstärkte Zusammenarbeit ist nicht nur mit den Mitgliedern der vertieften PIP der NATO, sondern auch mit denjenigen Staaten unbedingt geboten, die stolz den großzügigen Status eines assoziierten EU-Staates genießen.

Der Nahe Osten im weiteren Sinne, der sich von Nordafrika über den Nahen Osten im engeren Sinne bis hin zum Persischen Golf erstreckt, ist eine weitere Region, die von einem koordinierten transatlantischen Vorgehen profitieren würde. Hier werden, auch wenn sich die Interessen der Europäer untereinander bzw. die Interessen der Europäer und der Vereinigten Staaten nicht immer decken, in der Regel ähnliche Ziele verfolgt, und die politischen Ansätze lassen sich miteinander vereinbaren, selbst wenn sie nicht gleich sind. Zudem sind die Fähigkeiten, auch wenn sie ungleich verteilt sind, so komplementär, dass man mit kompatiblen Ansätzen gemeinsame Ziele besser erreichen kann, wenn die Vereinigten Staaten und die Staaten Europas nicht getrennt, sondern gemeinsam vorgehen.

Auch Asien ist ein Gebiet, hinsichtlich dessen die Amerikaner und Europäer gemeinsames Denken lernen müssen, wenn sie gemeinsam handeln oder sich gegenseitig ergänzen wollen. Dies gilt insbesondere für China, ein Land, das in jeder Diskussion über die NMD und die Zukunft der nuklearen Abschreckung berücksichtigt werden muss. Ein gemeinsames Vorgehen außerhalb des euro-atlantischen Raumes erfordert jedoch einen Ausbau der transatlantischen Koordinierungs- und Konsultationsmechanismen.

Dieses transatlantische Programm der Zusammenarbeit und der dafür erforderliche verständnisvolle Dialog stellen keine neue Vision dar. Das Ziel ist vielmehr immer noch das gleiche wie das, das jene europäischen und amerikanischen Staatsmänner vor Augen hatten, die das Atlantische Bündnis und die EU gründeten und deren Ideale die Dunkelheit der Nachkriegszeit wie ein Leuchtfeuer erhellten. Die führenden Politiker der Nachkriegszeit hatten auf beiden Seiten des Atlantiks eine vergleichbare Haltung gegenüber den Fehlern der Vergangenheit und verfolgten also ähnliche Ziele, um ihre jeweilige Geschichte endgültig hinter sich zu lassen und neu anzufangen. Jetzt erhellte unter einer anderen Art von Nachkriegsbedingungen das von Präsident Truman und anderen Staatsmännern entzündete Leuchtfeuer noch immer den Weg nach vorn. Auf diesem Weg verwirklichen nun Präsident Bush und andere führende Politiker die Vision, die von ihren Vorgängern im Hinblick auf ein geeintes und freies Europa als eines Partners der Vereinigten Staaten innerhalb einer starken und solidarischen euro-atlantischen Staatengemeinschaft entworfen worden ist. ■

Trotz der zahlreichen Erfolge, die auf die transatlantische Bindung zurückgehen, begegnen Amerikaner und Europäer einander nach wie vor mit tiefer Skepsis.

Stabil und beständig

In einem Gespräch mit dem Chefredakteur des NATO BRIEFS, Christopher Bennett, bezeichnet James Dobbins, Leiter der Abteilung für europäische Angelegenheiten im amerikanischen Außenministerium, Kontinuität als Kennzeichen der transatlantischen Sicherheitsbeziehungen.

CHRISTOPHER BENNET: Bei jedem Regierungswechsel in den Vereinigten Staaten wird auf beiden Seiten des Atlantiks die Bedeutung des Wechsels für die transatlantischen Beziehungen erörtert. Wie viel Kontinuität und wie viel Wandel sollten die Bündnispartner der Vereinigten Staaten in den nächsten Jahren erwarten?

JAMES DOBBINS: Ja, bei jedem Regierungswechsel in Washington wird über das genaue Verhältnis von Kontinuität und Wandel diskutiert. Was die NATO betrifft, so wird die neue Regierung das Bündnis eindeutig und nachdrücklich unterstützen. Das wird in allem deutlich, was Präsident George W. Bush, Außenminister Colin Powell, Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und auch andere zu diesem Thema gesagt haben. Im Hinblick auf den Balkan wird man weiterhin prüfen, welcher Streitkräfteumfang zur Durchführung der Aufgaben der NATO erforderlich ist. Diese Überprüfung wird jedoch im Rahmen der NATO vorgenommen werden. Es ist wichtig, die verschiedenen Missionen in regelmäßigen Abständen zu überprüfen und so sicherzustellen, dass sie mit der Entwicklung der Lage Schritt halten. Wir bekennen uns eindeutig zur Zusammenarbeit auf dem Balkan. Außenminister Colin Powell machte dies im Februar während seines Besuchs bei der NATO ganz deutlich, und auch Präsident George W. Bush tat dies, als er in Washington mit NATO-Generalsekretär Lord Robertson und anderen führenden Vertretern der NATO-Staaten zusammenkam.

CB: Aufgrund einiger Kommentare während des amerikanischen Wahlkampfes wurde in den Medien die Vermutung geäußert, der neuen Regierung sei sehr daran gelegen, die Möglichkeiten einer „neuen Arbeitsteilung“ mit den Bündnispartnern auszuloten. Die Europäer würden sich

dann wahrscheinlich darauf konzentrieren, Europa und sein Umfeld zu stabilisieren, und den Vereinigten Staaten bliebe die Aufgabe, sich vorrangig mit eher strategischen Gefahren zu befassen. Wie weit ist diese Denkweise in der neuen Regierung verbreitet, und nach welchen Gesichtspunkten werden die Beziehungen zu den Bündnispartnern wahrscheinlich gestaltet?

JD: Die Regierung ist sich darüber im Klaren, dass die Mission, die wir auf dem Balkan gemeinsam eingeleitet haben, eine Aufgabe ist, zu der sich sowohl Europa als auch die Vereinigten Staaten weiterhin bekennen und auch bekennen sollten. Diskussionen über die längerfristige politische Planung der von ihnen ange deuteten Art kann ich nicht ausschließen, aber bisher sind mir keine diesbezüglichen Vorschläge bekannt geworden.

CB: Bei den Friedensprozessen in Bosnien und Herzegowina (Bosnien) sowie im Kosovo sind einige Durchbrüche erzielt worden, und die Bedingungen vor Ort werden allmählich besser. Es wird jedoch zunehmend klar, dass die internationale Staatengemeinschaft noch jahrelang enorme Ressourcen und beträchtliches politisches Kapital in die Region investieren muss, wenn sie auf dem Balkan wieder funktionierende Staaten aufbauen will. Welche Chancen sehen Sie vor dem Hintergrund Ihrer Erfahrungen für einen sich selbst tragenden Frieden, und wie wird die neue Regierung versuchen, dem Friedensprozess neue Impulse zu verleihen?

JD: Die wichtigsten und auch hoffnungsvollsten Entwicklungen des vergangenen Jahres sind die Veränderungen in Zagreb und Belgrad. In den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts resultierte ein Großteil der regionalen Spannungen, insbesondere

bezüglich Bosniens, aus den zentrifugalen Kräften, denen diese beiden Hauptstädte die bosnische Gesellschaft aussetzten, bis sie tatsächlich auseinander brach. Jetzt besteht die Möglichkeit, dass sowohl Jugoslawien als auch Kroatien einen konstruktiven Beitrag dazu leisten, im Einklang mit den Vereinbarungen von Dayton einen funktionsfähigen bosnischen Staat nach multiethnischen Grundsätzen aufzubauen und zu erhalten. Die Art der Zusammenarbeit, zu der sich Zagreb ausdrücklich verpflichtet hat und die wir von Belgrad erwarten und fordern können, bietet die beste Chance für die Stabilität Bosniens und der Region insgesamt. Südserbien ist natürlich nach wie vor krisenanfällig, aber die NATO arbeitet im Kosovo effizient und konstruktiv mit der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien*, mit Serbien und mit gemäßigten albanischen Kräften zusammen, um die Lage zu entschärfen. Im Übrigen ist das Fundament für die Stabilisierung dieser Region schon gelegt. Dazu zählen der Stabilitätspakt, die Resolution Nr. 1244 des VN-Sicherheitsrats zum Kosovo, die den Weg zu einer weitreichenden Autonomie vorzeichnet, die Entscheidung über den endgültigen Status der Provinz jedoch erst einmal aussetzt, die Vereinbarungen von Dayton, deren schrittweise Durchführung und schließlich der Aufbau multiethnischer Strukturen in Bosnien, die sich eben nicht mehr auf die während des Krieges regierenden nationalistischen Parteien stützen. Die amerikanische Regierung hat zu erkennen gegeben, dass sie die Arbeit bezüglich des Stabilitätspakts, hinsichtlich der von der NATO geführten Friedensoperationen in Bosnien und im Kosovo sowie im Zusammenhang mit der Frage der NATO-Erweiterung, die langfristig die Stabilisierung und Integration des Balkans wie auch Nordosteuropas ermöglichen wird, fortsetzen will. Hier steht Europa vor

einer noch größeren Herausforderung, da es sich bemüht, diese Staaten in die EU zu integrieren. Wir sind uns bewusst, dass der europäische Beitrag in vielerlei Hinsicht der wichtigste Faktor ist, und wir wissen die diesbezüglichen Bemühungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten durchaus zu schätzen.

CB: Viele NATO-Staaten und Partnerländer haben deutlich ihre Vorbehalte gegenüber Plänen der neuen Regierung zum Ausdruck gebracht, ein nationales Raketenabwehrsystem aufzubauen. Wie will die neue Regierung dieses Projekt voranbringen, und wie will sie die anderen NATO-Staaten und die Partnerländer davon überzeugen, dass dieses System sowohl in ihrem Interesse liegt als auch die Welt sicherer machen wird?

JD: Die amerikanische Regierung hat mit ihren Bündnispartnern bereits Konsultationen über Fragen der Raketenabwehr sowie darüber eingeleitet, wie sich die Raketenabwehr in eine Politik der Abschreckung einfügen lässt, die auch andere Aspekte der Verteidigung sowie die Bereiche Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung umfasst. Außenminister Colin Powell konnte während seines Besuchs bei der NATO im Februar 2001 hinsichtlich dieser Fragen eine sehr positive Reaktion der anderen NATO-Staaten verzeichnen, und er verpflichtete die Vereinigten Staaten zu frühzeitigen und häufigen Konsultationen hinsichtlich dieser Fragen, ja sogar zu Konsultationen vor jeder grundlegenden Entscheidung über die Architektur eines Raketenabwehrsystems. Wir haben ferner zu verstehen gegeben, dass wir mit den Bündnispartnern im Hinblick auf Regelungen für die Raketenabwehr zusammenarbeiten wollen, die sie selbst wie auch die Vereinigten Staaten schützen. Zudem haben wir klar gemacht, dass wir auch mit anderen Staaten intensive Konsultationen führen wollen, darunter mit den Russen und den Chinesen. Außenminister Colin Powell hat u. a. auch diese Frage schon mit dem russischen Außenminister erörtert.

CB: Aus vielfältigen Gründen haben die Vereinigten Staaten in den letzten Jahren mehrere internationale Verträge nicht ratifiziert. Dazu zählen der Landminenvertrag, der Vertrag zur

Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofs und der Vertrag über einen umfassenden Teststopp. Zudem läuft man mit Plänen über ein nationales Raketenabwehrsystem Gefahr, den ABM-Vertrag zu untergraben. Welche Haltung wird die neue Regierung gegenüber diesen Verträgen einnehmen?

JD: Die weltweiten Aufgaben der Vereinigten Staaten, in denen die amerikanischen Verteidigungsverpflichtungen in Korea, am Persischen Golf, in Europa und andernorts zum Ausdruck kommen, haben in mancherlei Hinsicht einen einzigartigen Charakter. Im Zusammenhang mit einigen dieser Fragen haben die Vereinigten Staaten Ziele verfolgt, die von einigen unserer Bündnispartner nicht geteilt oder nicht als so bedeutend eingestuft wurden. Wir werden die Konsultationen und die Zusammenarbeit mit unseren Bündnispartnern bezüglich des ABM-Vertrags fortsetzen, der natürlich auch ein wesentliches Thema unserer Gespräche mit Russland bilden wird. Hinsichtlich des Internationalen Strafgerichtshofs muss man sich klar machen, dass die Unterzeichnung des Vertrags durch Präsident Bill Clinton im Wesentlichen eine technische Formalität war und keine Ratifikationsabsicht zum Ausdruck bringen sollte. Die Regierung Clinton ließ erkennen, dass sie Probleme mit dem Vertrag habe und ihn wohl nicht in Kraft setzen könne. Die Unterzeichnung durch Bill Clinton sollte die Haltung der Regierung in dieser Frage daher nicht ändern, sondern war eher eine technische Maßnahme mit dem Ziel, die Vereinigten Staaten an der weiteren Erörterung einiger Aspekte der Umsetzung des Vertrags zu beteiligen. Schon vor der Amtsübernahme äußerte die neue Regierung bezüglich dieses Übereinkommens ihre Bedenken, die denen der Regierung Clinton entsprachen und höchstens noch stärker waren. Daher gehe ich davon aus, dass sie solche Vorbehalte und Bedenken auch in Zukunft zum Ausdruck bringen wird.

CB: Russland ist ein wichtiger Partner des Bündnisses, aber einer, der in den letzten Jahren gelegentlich recht verärgert reagierte. Wie will die neue amerikanische Regierung Russland in einen Dialog einbinden? Wie groß ist ihrer Ansicht nach das diesbezügliche

Potential des Ständigen Gemeinsamen Rates? Und wie könnte dieses Forum weiterentwickelt werden?

JD: Die neue Regierung strebt im Verhältnis zu Russland gute Arbeitsbeziehungen an. Außenminister Colin Powell hat mit dem russischen Außenminister bereits Vorgespräche geführt, Präsident George W. Bush hat mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin gesprochen, und die Beziehungen werden in den nächsten Monaten mit Hilfe der üblichen bilateralen und multilateralen Zusammenkünfte entwickelt werden. Eine Reihe von Problemen sind zu bewältigen, aber in einigen Punkten kann man durchaus von einer Zusammenarbeit ausgehen. Wir unterstützen jedenfalls die Russlandkontakte der NATO einschließlich des Ständigen Gemeinsamen Rates als Ergänzung dieser bilateralen Konsultationen und sehen der Weiterentwicklung dieser Kontakte in den nächsten Monaten voller Erwartung entgegen.

CB: Mehrere amerikanische Regierungen haben ihre europäischen Bündnispartner zu einer Erhöhung ihrer Verteidigungsausgaben gedrängt. Angesichts des Aufbaus einer Krisenbewältigungsfähigkeit durch die EU scheinen die Europäer jetzt endlich einen größeren Teil der Verantwortung für ihre Sicherheit zu übernehmen. Trotzdem zeigen sich nun viele Amerikaner misstrauisch, was die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik betrifft, und befürchten sogar, diese Politik könne die NATO untergraben. Welche Befürchtungen hegt die neue amerikanische Regierung bezüglich dieses Projekts, und was müssen die Europäer tun, um sie auszuräumen?

JD: Die amerikanische Regierung hat zu verstehen gegeben, dass sie die Erarbeitung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik unterstützt, die das Bündnis stärkt, zu seinen Gesamtfähigkeiten beiträgt und den Aufbau paralleler Strukturen zu den bestehenden Planungsstrukturen des Bündnisses vermeidet. Mit genau diesen Vorzeichen entwickelt sich diese Politik auch, und so wird sie sich, wie wir zuversichtlich annehmen, auch weiterhin entwickeln. Einige Probleme, die in den nächsten Monaten während der Gespräche zwischen der

NATO und der EU zu behandeln sein werden, sind jedoch noch nicht geklärt. Dazu zählt auch der Mechanismus für die Streitkräfteplanung in der EU und in der NATO. Erörtert werden daher das Verhältnis zwischen den Streitkräfteplanungsverfahren der beiden Organisationen, die Regelungen für die Operationsplanung sowie die Frage, ob die NATO der EU unter allen Umständen Zugang zu ihren Planungsstrukturen gewähren kann. Erforderlich sind zudem weitere Gespräche mit dem Ziel, die Verfahren zu ermitteln, mit deren Hilfe der EU NATO-Mittel zur Verfügung gestellt werden können. Und schließlich ist auch noch die Frage der Beteiligung von nicht der EU angehörenden NA-

TO-Mitgliedern an Aktivitäten und Operationen der EU zu klären.

CB: Die neun Staaten, die am Aktionsplan der NATO zur Mitgliedschaft teilnehmen, hoffen alle, auf dem Gipfeltreffen des Bündnisses am Ende des nächsten Jahres zum Beitritt eingeladen zu werden. Obwohl Washington keine einseitigen Beschlüsse zur NATO-Erweiterung fasst, wird die neue Regierung einen großen Einfluss darauf haben, wer eingeladen wird und wer nicht und ob überhaupt jemand zum Beitritt aufgefordert wird. Welche Faktoren werden bei dieser Entscheidung zu berücksichtigen sein, und wie können beitragswillige Staaten ihre Aufnahmechancen optimieren?

JD: Der Aktionsplan zur Mitgliedschaft bietet den Schlüssel zu einer künftigen NATO-Mitgliedschaft. Alle beitragswilligen Staaten haben solche Aktionspläne erstellt, arbeiten derzeit an deren Umsetzung und werden zu gegebener Zeit an ihnen gemessen werden. Inwieweit die einzelnen Staaten zum Beitritt bereit sind und das Ausmaß ihrer Bemühungen bei der Vorbereitung auf die NATO-Mitgliedschaft bilden natürlich wichtige Kriterien für Entscheidungen über den Beitritt neuer Mitglieder. Wichtige Erwägungen sind auch, inwieweit ein Staat seine demokratischen Institutionen fest verankert hat und welche Aussichten für die Stabilität der Demokratie bestehen. ■

© US State Department



James Dobbins wurde im Januar 2001 als Leiter der Abteilung für europäische Angelegenheiten vereidigt; diesen Posten hatte er schon seit Mai 2000 als amtierender Abteilungsleiter bekleidet. Der 58-jährige Diplomat hat sich während seiner mehr als 30-jährigen Tätigkeit im amerikanischen Außenministerium bereits mehr als zwei Jahrzehnte lang mit europäischen Angelegenheiten befasst.

Bevor er die Leitung der Abteilung für europäische Angelegenheiten übernahm, war Botschafter James Dobbins zwischen Februar 1999 und Mai 2000 Sonderberater des Präsidenten und des Außenministers mit Zuständigkeit für den Kosovo und Bosnien und Herzegowina. In dieser Eigenschaft hatte er während der gesamten Zeit der Kosovo-Luftoperationen der NATO die Hauptverantwortung für die Bewältigung der Balkankrise.

In früheren Jahren seiner Laufbahn war Botschafter James Dobbins im Auftrag des Außenministeriums in leitender Funktion für die Friedensoperationen in Haiti, wo er die diplomatischen und zivilen Aspekte der Inter-

vention von 1994-1996 koordinierte, und für die Friedensoperationen in Somalia zuständig, wo er 1993-1994 den Abzug der amerikanischen Truppen beaufsichtigte. Von 1996 bis 1999 war er Sonderberater des Präsidenten und leitender Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsrats mit Zuständigkeit für Lateinamerika.

Neben diesen Ämtern im Staatsdienst war Botschafter James Dobbins als Forscher für die Rand Corporation (1993) und den Rat für Auswärtige Beziehungen (1995-1996) tätig. Vor seinem Eintritt ins Außenministerium diente er drei Jahre als Offizier der amerikanischen Marine, in deren Verlauf er zweimal in Vietnam eingesetzt wurde.

Auf ein Neues

Christoph Bertram befasst sich mit den Sorgen und Erwartungen der Europäer nach der Wachablösung im Weißen Haus.



© Reuters

Zurück in die Zukunft: Präsident Bush hat ein außenpolitisches Team zusammengestellt, das weitgehend mit dem identisch ist, das vor acht Jahren mit seinem Vater aus dem Amt schied.

Jedes Mal, wenn ein neuer Präsident ins Weiße Haus einzieht, halten die europäischen Regierungen den Atem an. Die umfassende Neubesetzung von Schlüsselpositionen, die mit jedem Wechsel im Amt des Präsidenten verbunden ist, bedeutet, dass in den ersten Monaten jede neue Regierung sich erst im Amt zurechtfinden muß. Zudem verspricht zwar jeder Präsidentschaftskandidat, den jeweiligen Amtsinhaber bezüglich der „Stärkung der Beziehungen zu unseren Bündnispartnern“ noch zu übertreffen, aber die Europäer haben inzwischen gelernt, vorsichtig zu sein. Zwar hatten sie nie Anlass, den guten Willen eines neuen Präsidenten anzuzweifeln, aber sie waren manchmal skeptisch im Hinblick auf die Qualifikationen einiger Mitglieder der neuen Regierungsmannschaft und wenig erbaut über deren anscheinend unbändigen Drang, die Politik der Vorgängerregierung allen mögli-

chen Überprüfungen zu unterziehen und ehrgeizige neue Visionen zu entwickeln.

Dieses Mal ist es jedoch anders. Präsident George W. Bush hat ein außenpolitisches Team zusammengestellt, das vielfach mit dem identisch ist, das vor acht Jahren mit seinem Vater aus dem Amt schied. Die damalige Regierung genoss wegen ihrer geschickten Hand bei der deutschen Vereinigung, dem Endes der Sowjetunion und der Antwort auf die irakischen Invasion in Kuwait hohes Ansehen. Die Vertrautheit mit dieser Mannschaft hat die außenpolitischen Experten Europas jedoch nicht beruhigen können. Nicht die fachliche Kompetenz der neuen Regierung gibt ihnen Anlass zur Sorge, sondern ihr neues Programm. Viele Europäer befürchten, dass sie mit unangenehmen Entscheidungen zu euro-atlantischen Fragen wie Raketenabwehr und NATO-Erweiterung konfrontiert werden, aber auch generell mit einem härteren weltpolitischen Kurs der Vereinigten Staaten – zum Beispiel gegenüber Irak, China und Russland oder in globalen Umweltfragen.

Solche Befürchtungen sind bei den eher traditionellen Bündnisfragen weitgehend unbegründet. Zwar handelt es sich dabei beim

*Christoph Bertram ist Direktor der in Berlin ansässigen Stiftung Wissenschaft und Politik. Gemeinsam mit Gilles Andréani und Charles Grant schrieb er *Europe's Military Revolution (Centre for European Reform, 2001)*.*

ersten Anschein um kontroverse Themen, aber sie dürften gut in den Griff zu bekommen sein. Die eigentlichen Probleme liegen außerhalb des Aufgabenbereichs der NATO. Denn bei diesen übergreifenden Sicherheitsfragen fehlt es an Koordination zwischen den Vereinigten Staaten und ihren europäischen Bündnispartnern, und es besteht die reale Gefahr, dass die unterschiedliche Weltsicht auf beiden Seiten des Atlantiks die Kluft vertieft wird, die sich bereits in den letzten Jahren aufgetan hat.

Unter den traditionellen Sicherheitsfragen haben amerikanische Pläne einer Nationalen Raketenabwehr (NMD – national missile defense), die zu den Prioritäten des neuen Präsidenten zählt, bisher die meiste transatlantische Aufregung verursacht. Die Kontroverse legt sich allerdings schon wieder, da die europäischen Regierungen erkennen, dass sie wenig an dem Beschluss Washingtons ändern können, diese Pläne weiterzuverfolgen. Auch aus Sorge über die russische Reaktion hatten sich viele Bündnispartner gegen die NMD ausgesprochen. Seit der russische Präsident Wladimir Putin jedoch Kompromissbereitschaft angedeutet hat und ein drastischer Abbau der russischen und der amerikanischen strategischen Offensivstreitkräfte mit einer Anpassung des ABM-Vertrages nicht mehr ausgeschlossen erscheint, erkennen die Europäer jedoch allmählich, dass die NMD sogar neue Möglichkeiten im Bereich der strategischen Abrüstung eröffnen könnte. Wie auch Russland erkennen sie inzwischen, dass die Verbreitung ballistischer Raketen eines Tages eine reale Gefahr für ihre eigene Sicherheit darstellen kann. Wenn NMD mit vertraglichen Begrenzungen und mit einem beträchtlichen Abbau der nuklearen Arsenale einhergeht, entfallen Ablehnungsgründe. Dann wird sogar die aktive Teilnahme an einem bündnisweiten System denkbar auch wenn dies noch in weiter Ferne liegt.

So weit sind wir natürlich noch nicht. Mit Russland müssen erst noch ernsthafte Verhandlungen über eine Änderung des ABM-Vertrags geführt werden, und die Vorschläge zu tiefen Einschnitten bei den nuklearen Gefechtsköpfen sind bisher noch Versuchsbalons. Aber zumindest gibt es jetzt ein Ziel, dem sich die Europäer anschließen können. Solange der ABM-Vertrag nicht einseitig aufgekündigt wird, muss das NMD-Projekt, dessen Realisierbarkeit erst noch zu beweisen ist, das Bündnis nicht unbedingt spalten.

Viele NMD-Befürworter in den Vereinigten Staaten fragen sich, warum ihre europäischen Bündnispartner einem Vertrag so große Bedeutung beimessen, den Amerikaner als Anachronismus betrachten, Überbleibsel einer Zeit, als es die Sowjetunion noch gab und Begrenzungen bei der Raketenabwehr ein zentrales Element zur Sicherung nuklearer Abschreckungstransparenz zwischen den Supermächten zu sein schienen. Auch die Europäer räumen ohne weiteres ein, dass sich seither die Welt geändert hat. Aber sie halten die Regeln des nuklearen Rüstungswettlaufs unter den neuen Bedingungen internationaler Sicherheit nicht für weniger wichtig. Formal betrachtet mag der ABM-Vertrag eine bilaterale Übereinkunft zwischen Russland und den Vereinigten Staaten sein, aber er beeinflusst auch die Planungen der anderen, jetzigen und künftigen Nuklearstaaten und bringt eine gewisse Berechenbarkeit in den internationalen nuklearen Wettbewerb. Die Europäer hätten daher selbst gegen erhebliche Änderungen des Vertrags nichts einzuwenden, wären jedoch über dessen Aufhebung sehr besorgt. Die Vereinigten Staaten sollten diese Besorgnis ernst nehmen, und können sich das auch durchaus leisten. Die lange Vorbereitungsphase für ein realistisches NMD-System bedeutet, dass es mit der Kündigung des Vertrags keine Eile hat. Da die russische Regierung anscheinend zur Prüfung gewisser Änderungen bereit ist, könnte die Regierung Bush den europäischen Vorstellungen gerecht werden, ohne ihre NMD-Pläne zu behindern.

Die nächste Erweiterungsrunde der NATO ist eine weitere potentielle Ursache transatlantischer Spannungen. Eine Entscheidung darüber, ob überhaupt und wenn ja, welche Kandidaten zum NATO-Beitritt eingeladen werden sollen, ist 2002 auf dem nächsten Bündnisgipfel in Prag fällig, und nur wenige europäische Regierungen drängen in dieser Sache. Sie sind sich jedoch darüber im Klaren, dass es wegen der 1999 auf dem Washingtoner Gipfeltreffen eingegangenen Verpflichtungen nicht möglich ist, die Entscheidung einfach zu verschieben. Die Erweiterung steht auf der Tagesordnung des Bündnisses nicht nur weil die Vereinigten Staaten, sondern weil alle Nato-Mitglieder es so gewollt haben.

Auch wenn sich noch keine klare Linie abzeichnet, werden die Umriss der Debatte allmählich erkennbar. Die Nato-Regierungen können aber nicht bis zum Prager Gipfel Ende 2002 mit der Entscheidung warten. Die baltischen Staaten stehen nämlich schon wegen immer wieder vorgetragener russischer Proteste, die NATO-Mitgliedschaft der kleinen baltischen Staaten werde die Sicherheit Russlands auf nicht hinnehmbare Weise beeinträchtigen, unweigerlich auf der Tagesordnung, ob sie nun in der nächsten Runde zum NATO-Beitritt eingeladen werden oder nicht. Die Entscheidung über Einbeziehung oder Aufschub muß Russland und den baltischen Staaten daher rechtzeitig vor dem Prager Gipfel mitgeteilt und nicht erst in letzter Minute eröffnet werden. Werden die baltischen Staaten aufgenommen, muss Russland zugesichert werden, dass dahinter keinerlei feindliche Absichten stehen. Werden sie auf später vertröstet, dann brauchen sie eindeutige Zusagen dahin, dass dies ihre bisherigen, eher indirekten Sicherheitsbeziehungen zum Westen nicht schwächen wird. Es bleibt daher gar nicht mehr so viel Zeit, um im Bündnis Konsens herbeizuführen, die nötige Unterstützung in den Vereinigten Staaten und insbesondere im Senat zu gewinnen und eine gemeinsame Strategie zur Umsetzung der anstehenden Entscheidung zu entwickeln.

Ein dritter möglicher transatlantischer Störfaktor ist die Absicht der EU, bis 2003 eine schnelle Eingreiftruppe aufzustellen. Die Unterstützung der Vereinigten Staaten für das Vorhaben, die schon unter Clinton eher verhalten war, kann unter der neuen Regierung kaum als weniger skeptisch bezeichnet werden. Die Vereinigten Staaten betrachten die NATO weiterhin als zentrales Instrument ihrer Europapolitik und wenden sich gegen eine Schwächung dieser Organisation durch ein eigenständiges europäisches Verteidigungsprojekt. Trotzdem hat die neue Regierung innerhalb weniger Wochen nach ihrer Amtsübernahme ungefähr da weitergemacht, wo ihre Vorgängerin aufgehört hatte: keine überwältigende Unterstützung der europäischen Initiative, aber auch keine Sabotage. Die einzige Bedingung lautet, dass mögliche neue Koordinierungsstrukturen der Europäer in der NATO verankert bleiben.

Die Gründe für die relativ gelassene Haltung der Regierung Bush sind die gleichen, die auch bei der Vorgänger-Regierung den Ausschlag gaben. Wenn die europäischen Bündnispartner ihre militärischen Anstrengungen – und sei es unter europäischer Flagge – steigern, kommt dies dem Bündnis insgesamt zugute kommen. Zudem werden die Vereinigten Staaten, ein wirksames Veto gegen europäische Alleingänge behalten, weil die Europäer auf absehbare Zeit bei jeder größeren Operation weiterhin von amerikanischen Ressourcen abhängig sein werden. Die Vorteile überwiegen also eindeutig die Nachteile. Präsident Bush dürfte den europäischen Regierungen die Chance geben zu beweisen, daß ihren Worte Taten folgen.

Die eigentliche Gefahr des europäischen Vorhabens für die transatlantischen Beziehungen liegt nicht in seiner hoffentlich erfolgreichen Verwirklichung, sondern in seinem möglichen Fehl-

schlag. Der Test für den Erfolg liegt dabei nicht in der Menge neuer Institutionen, sondern im konkreten Zuwachs militärischer Mittel. neuen EU-Gremien sind erstaunlich schnell gebildet worden, aber vom Ziel eines glaubwürdigen militärischen Instruments ist die EU noch weit entfernt.

Niemand erwartet, dass im Jahr 2003 Wunder vollbracht sind. Aber um in der Allianz glaubwürdig zu sein, verlangt das Vorhaben zumindest einen deutlichen Ausbau der militärischen Interventionsfähigkeiten, der mit der Bereitstellung der nötigen finanziellen Mitteln einhergehen muss. Bei ihren Zusagen für die künftigen Eingreiftruppe stützen sich die EU-Staaten noch vornehmlich auf ihre bereits vorhandenen Streitkräfte. Sie müssen jedoch die Zahl der einsatzfähigen Soldaten erhöhen und auch Gelder für die Verbesserung der militärischen Mobilität bereitstellen. Tun sie dies in den nächsten zwei Jahren nicht, so wird ihre Glaubwürdigkeit in den Vereinigten Staaten und in Europa schweren Schaden nehmen. Wenn nach all den Versprechungen in NATO- und EU-Kommunikés die gesetzten Ziele verfehlt werden, so könnte dies zu erhebliche transatlantischen Verstimmung sowie zu gegenseitigen Schuldzuweisungen unter den europäischen Staaten führen. Die Vereinigten Staaten können es sich leisten zuzuwarten, die Europäer nicht.

Umgekehrt: Können die Europäer 2003 konkrete Fortschritte vorweisen, wird dies die militärischen Optionen des Westens insgesamt stärken. Gewiß, die europäischen Regierungen könnten sich dann ermutigt fühlen, ihre Verteidigung stärker zu integrieren, und dann würde die Besorgnis der Vereinigten Staaten wachsen. Die Aufgabe jedoch, das Bündnis den sich ändernden Zeiten und Umständen anzupassen, muss in jedem Fall bewältigt werden. Ein größerer europäischer Beitrag zur Krisenbewältigung in und um Europa würde dazu beitragen, dieser Aufgabe besser gerecht zu werden. Dies sind jedoch Fragen, die sich in der ersten Amtszeit von Präsident Bush noch nicht stellen.

Die derzeitigen NATO-Strukturen beweisen also wieder einmal ihre Fähigkeit, potentielle euro-atlantische Kontroversen zu bewältigen und zu entschärfen. Leider gilt dies nicht für sicherheitspolitische Herausforderungen außerhalb des geographischen Zuständigkeitsgebietes der NATO. Anhand der Beispiele Irak und China lässt sich veranschaulichen.

Der Irak ist Anlass allgemeine Frustration. Weder Sanktionen noch Flugverbote konnten Bagdad dazu zwingen, seine Aufrüstungspläne aufzugeben oder wieder Inspektoren der Vereinten Nationen ins Land zu lassen. Unterdessen wächst in der arabischen Welt nach dem Zusammenbruch des Nahost-Friedensprozesses die Unterstützung für Saddam Hussein, was den Einfluss des Westens in dieser Ölregion schwächt. Weder die Vereinigten Staaten noch die europäischen NATO-Partner haben eine Lösung für dieses Problem parat. Instinktiv drängen sie jedoch in sehr unterschiedliche Richtungen. Die Europäer bevorzugen eine „politische Lösung“, ohne dass sie diese formulieren könnten. Die neue amerikanische Regierung tendiert dagegen zu einem härteren militärischen Vorgehen. Man kann sich kaum vorstellen, wie diese Kluft überbrückt werden soll.

Die Bemühungen um „intelligente Sanktionen“, die sich nicht gegen die Bevölkerung des Irak, sondern gegen das Regime richten würden, werden zwar allenthalben befürwortet, führen jedoch

wahrscheinlich kaum schnell zu greifbaren Ergebnissen. Daher wird man nach anderen Möglichkeiten suchen müssen. Hier bergen die unterschiedlichen europäischen und amerikanischen Ansätze den Keim zu Spannungen – die Vereinigten Staaten könnten die mangelnde Unterstützung der Europäer für den Fehlschlag militärischer Maßnahmen verantwortlich machen und die Europäer im Gegenzug im amerikanischen Unilateralismus die Ursache für das Scheitern ihrer politischen Vorstellungen sehen.

Ein weiteres Beispiel für wachsende transatlantische Unstimmigkeiten ist China. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Seiten des Atlantiks treten weniger deutlich zutage, weil die Europäer kaum eine Chinapolitik haben, wenn nicht die Verfolgung kommerzieller Interessen und der allgemeine Wunsch, China nicht zu isolieren, bereits als eine derartige Politik bezeichnet werden kann. Die Vereinigten Staaten sind dagegen ein Stützpfiler asiatischer Stabilität, und ihre Beziehungen zu China haben Auswirkungen auf die Region insgesamt. Die offensichtliche Verhärtung des amerikanischen Chinakurses unter der Regierung Bush könnte deshalb weitreichende Folgen haben. Europa sieht darin möglicherweise ein weiteres Beispiel für den amerikanischen Unilateralismus, das umso mehr Missfallen erregt, als dadurch das Fehlen einer echten europäischen Strategie deutlich wird.

Sicherheit umfasst nun für den Westen weitaus mehr, als durch die bestehenden Bündnisstrukturen abgedeckt werden kann.

Potentielle transatlantische Streitpunkte bei traditionellen Bündnisfragen, wie z. B. Raketenabwehr, Erweiterung und europäische Integration im Verteidigungssektor, scheinen sich einer Lösung zu nähern. Die Regierung Bush wird sie, gemeinsam mit ihren europäischen Bündnispartnern, nicht weniger zu managen wissen, als ihr Vorgänger. Irak und China machen jedoch deutlich, dass Sicherheit für den Westen weitaus mehr umfasst, als durch die bestehenden Bündnisstrukturen abgedeckt

werden kann. Deshalb wäre zwischen den Vereinigten Staaten und ihren europäischen Bündnispartnern über das geographische Zuständigkeitsgebiet der NATO hinaus eine engere politische Abstimmung und Koordinierung in Krisen dringend wünschenswert ist.

Hierin sind die Vereinigten Staaten wenig geübt und vielleicht auch wenig geneigt, Europa jeweils zu konsultieren. Eine immer selbstbewusster auftretende Europäische Union, die zudem durch ihren eigenen Erweiterungsprozess näher an einst weit entfernte Krisenregionen heranrückt, wird jedoch allmählich erkennen, dass auch sie Verantwortung für internationale Sicherheit und Ordnung trägt. Diese Ordnung wird jedoch nur dann geschaffen werden können, wenn die beiden großen westlichen Partner zusammenarbeiten.

Die Regierung Clinton schien instinktiv bereit, über eine derartige Entwicklung der Beziehungen zu Europa nachzudenken, auch wenn bei weitem nicht geklärt ist, wie eine solche weltweite Zusammenarbeit organisiert werden könnte. Die Regierung Bush und ihre Anhänger im Kongress lassen eine ähnliche Tendenz vermissen. Sie scheinen weder auf ein solches Mitspracherecht Europas vorbereitet noch gewillt, sich in diese Richtung zu bewegen. Und deshalb werden nicht die traditionellen Nato-Themen, zu deren Behandlung eine eingefahrene Bündnisorganisation bereitsteht, sondern diese globalen Fragen, für die es keinen wirklichen Koordinationsrahmen gibt, zum wichtigsten Test für den künftigen Zusammenhalt zwischen Europa und den Vereinigten Staaten. ■

Vollzieht sich eine grundlegende Änderung der transatlantischen Sicherheitsbeziehungen?

Ja:

*François Heisbourg
ist Direktor des
Genfer Zentrums
für
Sicherheitspolitik*



Nein:

*Rob de Wijk ist Professor für
internationale Beziehungen
an der Universität Leiden,
an der Königlichen
Militärakademie der
Niederlande und am
Clingendael-Institut*



Lieber Rob,

da die NATO ihre Relevanz und ihren Wert angesichts der Herausforderungen, die sich nach dem Ende des Kalten Krieges in Europa ergeben haben, erfolgreich unter Beweis gestellt hat, könnte man zu der Schlussfolgerung versucht sein, das Atlantische Bündnis brauche sich in den kommenden Jahren nur marginal anzupassen. Schließlich hat es seine Bewährungsprobe in Krieg und Frieden auf dem Balkan bestanden. Wäre es doch so einfach! Die NATO wird einen bedeutenden Wandel durchmachen müssen, wenn sie weiterhin die strategische Partnerschaft zwischen ihren nordamerikanischen und ihren europäischen Mitgliedern sicherstellen will. Der erste und offensichtlichste Grund für diese Ansicht besteht darin, dass im Rahmen der Europäischen Union plötzlich und mit wesentlichen Konsequenzen eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) entwickelt worden ist. Aus der Sicht der NATO handelt es sich hierbei um eine revolutionäre Entwicklung. Es stimmt zwar, dass es die ESVP nicht zuletzt deswegen gibt, weil das Vereinigte König-

reich sie 1998 für eine gute Idee hielt, und dass London die NATO natürlich nicht untergraben will, aber die ESVP ist, falls die institutionellen und materiellen Ziele der EU erreicht werden, der Motor für einen grundlegenden Wandel, weil die NATO durch sie zu einer Organisation mit zwei Stützfeilern wird, von denen einer durch die politische und militärische Union der Europäer gebildet würde. Eine derartige Vision an sich sollte allerdings nicht schon für die NATO im Allgemeinen und die Vereinigten Staaten im Besonderen irgendwelche metaphysischen Fragen aufwerfen. Schließlich wäre dies nur eine etwas verspätete Verwirklichung der 1962 von Präsident John F. Kennedy formulierten Zielvorstellung von einer NATO mit zwei Säulen. Das ändert aber nichts daran, dass dies eine traumatische Entwicklung sein wird, denn die NATO hat bisher nie auf dieser Grundlage funktioniert.

Die zweite Ursache für mögliche Umwälzungen ergibt sich aus Entscheidungen der Vereinigten Staaten. Am ehesten denkt man hier an die nationale Raketenabwehr (NMD – National Missile Defense). Meiner Mei-

nung nach ist die NMD, auch wenn sie am meisten ins Auge fällt und politisch die höchsten Wellen schlägt, aber nicht die Hauptursache dafür, dass die Vereinigten Staaten die „alte“ NATO in Frage stellen. Die Infragestellung der NATO erfolgt auf umfassendere Weise durch die tief greifenden und unvermeidlichen Änderungen der amerikanischen Streitkräftestruktur und -doktrin, die auf Haushalts- und Strategieüberlegungen zurückgehen. Die europäischen Regierungen, denen von ihren amerikanischen Freunden oder von europäischen Forschern wie Ihnen und mir ständig die Defizite bezüglich der Verteidigungsausgaben vorgerechnet werden, müssen sich nun mit den Folgen der amerikanischen Haushaltsengpässe auseinandersetzen. Die amerikanischen Verteidigungsausgaben sind im jetzigen Haushaltsjahr nicht nur zum ersten Mal seit der Gründung der NATO unter einen Anteil von 3% des Bruttoinlandsprodukts gesunken, sondern die amerikanischen Streitkräfte sind auch mit dem Problem konfrontiert, dass in den nächsten zehn Jahren ganze Bestände bedeutender Waffensysteme, die unter Reagan beschafft worden sind, veralten

Die ESVP ist der Motor für einen grundlegenden Wandel, weil die NATO durch sie zu einer Organisation mit zwei Stützpfelern wird.

FRANÇOIS HEISBOURG

werden. Der Ersatz solcher Systeme würde bei einer gleich bleibenden amerikanischen Streitkräftestruktur und -doktrin zu einer jährlichen Erhöhung der Verteidigungsausgaben um etwa \$ 50 Mrd. führen. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund massiver Steuersenkungen recht unwahrscheinlich. Die Streitkräftestruktur und die Militärdoktrin werden sich also ändern müssen. Dass Andy Marshall, dessen Name mit der Revolution im militärischen Sektor verbunden werden muss, die Überprüfung der Verteidigungspolitik übertragen worden ist, lässt ebenfalls tief greifende Veränderungen erwarten.

Auf strategischer Ebene sind ebenso grundlegende Kräfte des Wandels am Werk. Die größte Gefahr wirklich bedeutender militärischer Auseinandersetzungen, von denen die Interessen der Vereinigten Staaten und ihrer Partner berührt würden, besteht in Asien – vom Nahen Osten und vom Golf bis hin nach Taiwan und Korea. Nach dem Sturz des ehemaligen jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic in Serbien halten es die Vereinigten Staaten nun vielleicht für vernünftig, das derzeit annähernd erreichte Gleichgewicht zwischen den in Europa stationierten und den Asien zugewiesenen amerikanischen Streitkräften aufzugeben und sich auf Asien zu konzentrieren.

Haushaltsgenpässe und strategische Faktoren werden den Umfang der militärischen Präsenz der Vereinigten Staaten in Europa absolut und relativ gesehen verringern. Zudem ändert sich diese Präsenz möglicherweise auch ihrem Wesen nach, wenn die Vereinigten Staaten infolge der Revolution im militärischen Sektor zu dem Schluss gelangen, dass die traditionellen Stützen der amerikanischen Streitkräftestruktur (die Divisionen des Heeres, die Flugzeugträgergruppen der Marine, die Geschwader der Luftwaffe) durch etwas anderes ersetzt werden müssen. Hier wird

die Raketenabwehr beschleunigend wirken, da sie die Abkehr von den zentralen Elementen der amerikanischen Streitkräftestruktur, wie sie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs gültig waren, hervorhebt und knappe Verteidigungsmittel beansprucht. Die von der Regierung Clinton geplante Version der Raketenabwehr sollte in einem Zeitraum von fünf Jahren schätzungsweise \$ 60 Mrd. kosten, d.h. erheblich mehr als die geplanten Steigerungen des Verteidigungshaushalts.

Es könnte sich durchaus als möglich erweisen, die ESVP einerseits und die von den Vereinigten Staaten ausgehenden Veränderungen andererseits miteinander zu vereinbaren. Blickt man auf die ersten fünfzig Jahre der NATO-Geschichte zurück, so haben diese beiden Faktoren jedoch auf jeden Fall äußerst umwälzende Auswirkungen. In gewisser Weise wird die Erblast des Kalten Krieges, was die Organisationen und Doktrinen betrifft, erst jetzt allmählich abgetragen.

Mit freundlichen Grüßen
François Heisbourg

Lieber François,

Sie haben die Ansicht vertreten, die NATO werde aufgrund der raschen Fortschritte bezüglich der ESVP und amerikanischer politischer Entscheidungen einen bedeutenden Wandel durchmachen müssen. Ihrer Analyse stimme ich größtenteils zu, nicht jedoch Ihrer Schlussfolgerung. Die „alte“ NATO, von der Sie sprachen, gibt es nämlich nicht mehr, und zwar aus folgenden Gründen.

Erstens hat sich in der NATO bereits ein beeindruckender Wandel vollzogen. Nach dem Ende des Kalten Krieges hat sie sich von einem Bündnis der kollektiven Verteidigung und der transatlantischen Konsultation zu einer Organisation entwickelt, deren Schwerpunkt eher auf verteidigungs- und sicherheitspolitischer Zusammenarbeit liegt. Vor diesem Hintergrund hat die NATO neue Initiativen wie den Nordatlantischen Kooperationsrat, den Vorläufer des jetzigen Euro-Atlantischen Partnerschaftsrates, den Ständigen Gemeinsamen NATO-Russlandrat, den Dialog NATO-Ukraine und die Partnerschaft für den Frieden in die Wege geleitet. Zudem hat das Bündnis neue Mitglieder aufgenommen. In zahlreichen Kommunikés haben die führenden Vertreter der NATO-Staaten dargelegt, dass

kooperative Sicherheit als Voraussetzung für ein friedliches, stabiles und ungeteiltes Europa eine enge Zusammenarbeit mit den Partnerstaaten erfordert.

Zweitens hat die NATO neue Aufgaben übernommen. Die europäische Revolution des Jahres 1989, der Golfkrieg und die Kriege im ehemaligen Jugoslawien haben den Weg für Friedensmissionen und Krisenoperationen außerhalb des NATO-Gebiets freigemacht. Als die Partnerstaaten aufgefordert wurden, Beiträge zu von der NATO geführten multinationalen Verbänden wie SFOR und KFOR zu leisten, erhielt dieser Aufgabenbereich zudem eine neue Dimension. Mit Hilfe des Planungs- und Überprüfungsprozesses soll nun die Verteidigungsplanung der NATO-Mitglieder und der Partnerstaaten ihm Hinblick auf eine Verbesserung der Interoperabilität bei multinationalen Operationen vereinheitlicht werden.

Drittens hat die NATO den Gedanken eines europäischen Stützpfelers bereits akzeptiert. Im Strategischen Konzept (1991) des Bündnisses, das die politische Strategie der NATO enthält, wurde vereinbart, im Rahmen der NATO „eine europäische Sicherheitsidentität“ zu entwickeln. Auf dem NATO-Gipfel von 1994 wurden die Konzepte der „trennbaren, aber nicht getrennten Streitkräfte“ und der alliierten Streitkräftekommandos (CJTF) gebilligt, die für Operationen unter europäischer Führung außerhalb des Aufgabenbereichs der kollektiven Verteidigung zur Verfügung gestellt werden können. 1996 beschlossen dann die Verteidigungsminister der NATO-Staaten in Berlin den Aufbau einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI). Der französische Präsident Jacques Chirac und der britische Premierminister Tony Blair ergriffen 1998 in St. Malo die Initiative zum Aufbau einer Fähigkeit für eigenständige europäische Operationen, die dann zu dem in Helsinki vereinbarten Planziel der EU führte, bis 2003 eine Schnelleingreiftruppe von 60 000 Mann aufzustellen. Auf dem Washingtoner NATO-Gipfel von 1999 verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs der Bündnisstaaten die nötigen Regelungen, um der EU kollektive NATO-Mittel und -Fähigkeiten für Krisenoperationen zur Verfügung zu stellen, an denen nicht das gesamte Bündnis militärisch beteiligt ist. Hier darf man nicht vergessen, dass die Vereinigten Staaten diese Regelungen uneingeschränkt

unterstützten. Die NATO erzielte mit anderen Worten einen Konsens zur ESVI und deren Rolle bei der Entwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU einschließlich der ESVP.

Ich unterstütze Ihre Ausführungen zu den möglichen Schwierigkeiten aufgrund bestimmter politischer Entscheidungen der Vereinigten Staaten. Die Frage der Raketenabwehr könnte die NATO spalten. Darüber hinaus werden die Vereinigten Staaten ihre Interessen in Zentralasien und insbesondere in der ölreichen Senke des Kaspischen Meeres nun zweifellos mit größerem Nachdruck verfolgen. Sie werden zu diesem Zweck sogar in Expeditionstreitkräfte investieren müssen. Die Abkehr von teuren motorisierten Einheiten und Plattformen (Flugzeuge und Schiffe), die während des Kalten Krieges äußerst relevant waren, hin zu weniger umfangreichen und flexibleren Einheiten mit beträchtlicher Feuerkraft und höherer Mobilität im Hinblick auf die Entsendung von Streitkräften ins Ausland könnte jedoch auch zu Einsparungen führen. Ich gehe davon aus, dass Andy Marshall hier neue Ansätze entwickeln wird. Trotzdem bin ich optimistisch hinsichtlich der Fähigkeit des amerikanischen Präsidenten, den Kongress zu einer Erhöhung des Etats zu bewegen, falls Marshall eine ganz neue strategische Vision entwirft.

Die wichtigste Ursache für Spannungen liegt woanders. Bis 1998 zählte eine multilateralistische Haltung zu den zentralen Kennzeichen der amerikanischen Außenpolitik. Die Vereinigten Staaten ergriffen Initiativen zur Stärkung der Sicherheitszusammenarbeit in Europa und zum Aufbau eines Systems sich gegenseitig ergänzender und verstärkender Institutionen. Aus verschiedenen Gründen maß die amerikanische Außenpolitik der Stärkung der kooperativen Sicherheit dann 1998 weniger Bedeutung bei. Stattdessen wurden mit größerem Nachdruck nationale Interessen verfolgt. Dies hat zu einem eher begrenzten Engagement in anderen Teilen der Welt geführt. Die 1998 durchgeführten Interventionen im Sudan, in Afghanistan und im Irak, NMD und die Weigerung des Senats, den Vertrag über ein umfassendes Verbot von Kernwaffenversuchen zu ratifizieren, lassen diesen außenpolitischen Kurswechsel der Vereinigten Staaten deutlich hervortreten. Zudem wurde durch die Kosovo-Luftoperationen der NATO klar, in

welchem Ausmaß die Europäer bei groß angelegten militärischen Operationen von den Vereinigten Staaten abhängig sind. So haben der technologische Rückstand gegenüber Amerika und der außenpolitische Kurswechsel der Vereinigten Staaten unter den Europäern die Furcht vor einer Abkopplung der amerikanischen von der europäischen Sicherheit aufkommen lassen und dazu beigetragen, die Entwicklung der GASP und der ESVP zu beschleunigen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es die „alte“ NATO nicht mehr gibt, ein Konsens hinsichtlich des künftigen Kurses einschließlich der Entwicklung einer europäischen Verteidigungsidentität besteht und eventuelle Unstimmigkeiten auf die Auffassung zurückzuführen sind, dass die Vereinigten Staaten nun eine Politik des selektiven Engagements verfolgen, die zu einer Abkopplung der amerikanischen Sicherheit von der Sicherheit Europas führen könnte. Die eigentliche Frage lautet also, wie man das uneingeschränkte Engagement der Vereinigten Staaten aufrechterhalten kann, um die Relevanz der NATO auch in Zukunft sicherzustellen.

Mit freundlichen Grüßen
Rob de Wijk

Lieber Rob,

auch ich unterstreiche die Fähigkeit der NATO, sich neuen Gegebenheiten anzupassen. Meiner Meinung nach erinnern diese Veränderungen in ihrer Tragweite jedoch in gewisser Weise an den folgenden Satz aus Der Leopard von Giuseppe Tomasi Di Lampedusa: „Alles muss sich ändern, damit alles gleich bleibt.“ Die von mir genannten Herausforderungen werden das Bündnis nicht lediglich zu einer Anpassung, sondern dazu zwingen, sich mit Taten und nicht nur mit Worten zu einer Organisation umzubauen, die zwei Stützpfiler hat. Die ESVI konnte kaum Wirklichkeit werden, solange sie sich nicht auf eine gesamteuropäische Politik stützen konnte, und das Fehlen einer derartigen Politik war nicht die Schuld der NATO. Da die ESVP nun Gestalt annimmt, müssen die NATO-Staaten jetzt die 1999 auf dem Washingtoner Gipfel vereinbarten Zusagen erfüllen und der EU Zugang zu kollektiven Mitteln und Fähigkeiten der NATO gewähren. Wie Sie sicherlich wissen, hat auf jeden Fall ein wichtiges NATO-Mitglied, die Türkei, in dieser Hin-

sicht keinerlei Enthusiasmus erkennen lassen. Die NATO mag den Gedanken eines EU-Pfeilers akzeptiert haben, aber wenn es nicht um Ideen, sondern um die Realität geht, ist die Sache bei weitem nicht so eindeutig.

Der ausschlaggebende Faktor für die Fähigkeit der NATO, sich aus einer Organisation mit einem Stützpfiler zu einer Institution mit zwei Pfeilern zu entwickeln, besteht in der Politik der Vereinigten Staaten. Wenn die Vereinigten Staaten, wie Sie andeuten, einen stark unilateralistischen Kurs verfolgen wollen, wären die Aussichten für eine NATO mit zwei Pfeilern natürlich wirklich sehr schlecht. Schließlich war Washington während der Kosovo-Luftoperationen von den Einschränkungen aufgrund des multilateralen Charakters der NATO nicht gerade begeistert. Der „Krieg im Krieg“ zwischen den Kommandostrukturen der NATO und denen der Vereinigten Staaten war dafür ein deutlicher Beweis. Eine NATO mit nur einem Stützpfiler mag manchem Beobachter in den Vereinigten Staaten als Belastung erscheinen, aber es scheint auch wenig wahrscheinlich zu sein, dass ein Bündnis mit zwei Stützpilegern und also auch einem europäischen Machtzentrum in Washington viel Unterstützung fände.

Die deutliche militärische Kursänderung in den Vereinigten Staaten eröffnet jedoch die Möglichkeit eines neuen Modus operandi für die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa in der NATO. Washington wird sich wohl eher auf Asien konzentrieren wollen, wo die größeren militärischen Gefahren drohen und die strategisch wichtigeren Staaten liegen, und es wird seine auf die Vorverteidigung ausgerichtete Streitkräftestruktur aus Haushaltsgründen und wegen der Revolution im militärischen Sektor abbauen. Die Raketenabwehr wird diese tief greifenden Änderungen der amerikanischen Streitkräftestruktur und Militärdoktrin ebenfalls beschleunigen,

Die Amerikaner müssen mit dem Tempo des ESVP-Prozesses einverstanden sein.

ROB DE WIJK

Es ist nun an der Zeit,
dass die EU eine
Überprüfung ihrer
Strategie in die Wege
leitet.

FRANÇOIS HEISBOURG

weil eine Erhöhung des Verteidigungshaushalts wahrscheinlich ihrem Etat zugute kommen wird. Angesichts dieser Haushaltsengpässe und strategischen Änderungen wird Washington allen Grund haben, nicht auf weniger, sondern auf mehr ESVP zu drängen.

Vielleicht bin ich zu optimistisch. Möglicherweise verursacht die Regierung Bush einen unilateralistischen Bruch mit dem strategischen und militärischen Engagement der Vereinigten Staaten auf der weltpolitischen Bühne, und das wäre wirklich schlecht für die NATO. Die Zusammensetzung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Mannschaft der neuen Regierung weist allerdings nicht in diese Richtung.

Mit freundlichen Grüßen
François Heisbourg

Lieber François,

Sie haben ganz richtig darauf hingewiesen, dass die Lage bei weitem nicht so eindeutig ist, wenn es nicht um Ideen, sondern um die Realität geht. Ich stimme Ihnen auch darin zu, dass die Vereinigten Staaten ihren Sicherheitsinteressen außerhalb Europas nun wahrscheinlich mehr Bedeutung beimessen werden, und diese Verlagerung würde Washington wirklich zwingen, nicht auf weniger, sondern auf mehr ESVP zu drängen.

Ich habe die Ansicht vertreten, dass die beschleunigte Entwicklung sowohl der GASP als auch der ESVP unter anderem auf die Befürchtung der Europäer zurückzuführen war, der technologische Rückstand gegenüber Amerika und der außenpolitische Kurswechsel der Vereinigten Staaten könnten eine Abkopplung der europäischen Sicherheit von der Sicherheit der Vereinigten Staaten verursachen. Die jetzige Weiterentwicklung der ESVP ist je-

doch nicht mehr von Strategieentscheidungen der Vereinigten Staaten abhängig. Dies liegt an dem 1998 in St. Malo eingeleiteten Prozess. Dank der Erklärung von St. Malo wurde die Debatte über institutionelle Fragen durch Beschlüsse zu den erforderlichen Fähigkeiten ergänzt. Seit St. Malo sind auch mehrere entscheidende Maßnahmen zur Anpassung der Bündnisstrukturen an die neue ESVI getroffen worden, und 1999 wurde auf der Ratstagung der EU in Köln die Bildung eines ständigen Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees der EU, eines EU-Militärausschusses und eines Militärischen Stabes der EU beschlossen. Die Bedeutung dieser Beschlüsse kann man kaum zu hoch veranschlagen.

Die Schaffung neuer ständiger politisch-militärischer Strukturen in Brüssel wird zum Aufbau einer neuen Bürokratie führen. Der Militärische Stab der EU ist sogar schon auf mehr als 130 Personen angewachsen. Diese Bürokratie wird unweigerlich politische Konzepte entwerfen, die wiederum ihre jeweilige Eigendynamik entwickeln werden. Die Schaffung neuer ständiger EU-Strukturen hat dem Prozess also in Verbindung mit dem Katalog von Streitkräften für von der EU geführte Operationen, der im vergangenen Jahr in Brüssel auf der Truppenstellerkonferenz vereinbart wurde, eine Dynamik verliehen, die von der amerikanischen Politik unabhängig ist und möglicherweise weit reichende Folgen für die transatlantischen Beziehungen hat.

Aus genau diesem Grund ist das Vereinigte Königreich nun zum ausschlaggebenden Akteur geworden. Während sich nämlich Frankreich immer wieder für eine Beschleunigung des ESVP-Prozesses ausspricht, neigt der britische Premierminister wegen der möglichen Folgen für die transatlantischen Beziehungen eher zu zögernder Zurückhaltung. Dies unterstreicht meinen früheren Hinweis darauf, dass die eigentliche Frage lautet, wie man das uneingeschränkte Engagement der Vereinigten Staaten aufrechterhalten kann, um die weitere Relevanz der NATO sicherzustellen. In einem ersten Schritt sollten die EU-Mitgliedstaaten ein strategisches Konzept vereinbaren, in dem dargelegt wird, welche gemeinsamen Interessen die Mitgliedstaaten haben, wo diese möglicherweise bedroht sind und wie sie geschützt werden könnten. Dieses Konzept würde

dann der allgemeinen Verteidigungsplanung und der Einsatzplanung als Grundlage dienen.

Damit komme ich zur Führungsfrage. Das wahrscheinlich größte Hindernis auf dem Weg zu einem eigenständigen europäischen Dispositiv besteht darin, dass den Europäern eine eindeutige Führung fehlt. Eine solche Führung ist aber die Voraussetzung sowohl für eine wirksame Verteidigung als auch für jede Einsatzplanung. Bisher spielen die wichtigsten Akteure – Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich – alle nach anderen Regeln. Theoretisch müsste Javier Solana, der Hohe Vertreter der EU-Außenpolitik, in Bezug auf die ESVP die Führung übernehmen. Solange die EU eine zwischenstaatliche Sicherheits- und Verteidigungspolitik verfolgt, ist dies jedoch unwahrscheinlich. Wenn die Europäer hier eine falsche Richtung einschlagen, könnte eine NATO mit zwei Stützpfählen entstehen, die aus einem politischen Forum für transatlantische Konsultationen bestehen würde, während die viel gerühmte integrierte Militärstruktur dann zwischen den Nordamerikanern und der EU geteilt wäre. Das ist nicht die NATO, die ich mir wünsche. Einerseits bin ich für die Aufrechterhaltung der integrierten Militärstruktur, so dass unnötige Überschneidungen der Arbeitsbereiche vermieden werden können. Andererseits sollten wir diese Struktur aber meiner Meinung nach flexibler gestalten, so dass CJTF möglich werden, die unter der Führung der EU mit „trennbaren, aber nicht getrennten“ Streitkräften unter Nutzung kollektiver NATO-Mittel operieren können. Dies setzt allerdings voraus, dass die Amerikaner und natürlich auch die Türken mit dem Tempo dieses ESVP-Prozesses einverstanden sind.

Mit freundlichen Grüßen
Rob de Wijk

Lieber Rob,

obwohl die ESVP zwischenstaatlichen Charakter hat, folgt sie genau der europäischen Integration à la Jean Monnet: Zunächst schafft man eine *solidarité de fait* (die neuen Verteidigungs- und Sicherheitsinstitutionen sowie die im Rahmen der Pläne vereinbarte Eingreiftruppe), und dann – und wirklich erst dann – befasst man sich mit der Frage ihres Zweckes, also mit der *finalité stratégique*. Es ist nun an der

Zeit, dass die EU – vielleicht unter der bevorstehenden belgischen Präsidentschaft – eine Überprüfung ihrer Strategie in die Wege leitet. Dies ist nicht nur für die ESVP an sich, sondern für die transatlantischen Beziehungen insgesamt von entscheidender Bedeutung. Sowohl die EU als auch die Vereinigten Staaten müssen sich innerhalb ihres jeweiligen Bündnisses entscheiden, ob sie das Prinzip der Arbeitsteilung („Die Europäer sind für Europa, die Vereinigten Staaten für die Welt zuständig.“) oder das Prinzip der Lastenteilung innerhalb und außerhalb des NATO-Gebiets betonen wollen. Ich würde Letzterem eindeutig den Vorrang geben, aber bisher ist weder in den Vereinigten Staaten noch in der EU ein klarer Konsens in dieser Richtung erkennbar.

Dann ist noch das existenzielle Problem der Führung in der EU zu nennen. Die NATO funktionierte bisher mit einem Stützpfiler, wobei die Vereinigten Staaten mehr waren als ein *Primus inter pares*. Dieses Modell ist für die EU offensichtlich ungeeignet, denn dort kann keiner der Mitgliedstaaten ständig allein die Führungsverantwortung tragen. Die neuen ESVP-Institutionen, die den Institutionen der NATO ähneln, können nicht so wie die der NATO arbeiten. Ob die ESVP als wirksamer zweiter Pfeiler der NATO funktionieren kann, wird folglich von der institutionellen und möglicherweise auch konstitutionellen Überprüfung der EU abhängig sein, die für 2004 angesetzt ist, also für eine Zeit, in der weder Deutschland noch Frankreich noch das Vereinigte Königreich dem Druck bevorstehender Wahlen ausgesetzt sind.

Unterdessen ist es ermutigend, dass die NATO und die EU angesichts der außerordentlich komplizierten Lage in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien* tatsächlich lernen, unter Nutzung von Synergieeffekten zusammenzuarbeiten. Diese Entwicklung lässt hoffen, dass mit der Zeit doch eine Zwei-Pfeiler-Konstruktion erreicht werden kann.

Mit freundlichen Grüßen
Francois Heisbourg

Lieber François,

es freut mich, dass Sie für ein strategisches Konzept der EU plädieren. Auch ich meine, dass wir keine Arbeitsteilung zwischen den Europäern und den Amerikanern brauchen. Was wir brauchen, ist ein strategisches

Konzept, das seinen Ausgangspunkt in den kollektiven Interessen der EU hat. Der Wohlstand der EU-Mitgliedstaaten ist von einem stabilen und sicheren internationalen Umfeld abhängig, das durch Ereignisse in Asien oder Afrika bedroht werden könnte. Folglich hat die Europäische Union keine andere Wahl, als eine aktive weltpolitische Rolle zu spielen, um ihre Interessen zu wahren und weltweit rechtsstaatliche Verhältnisse zu fördern. Durch ein strategisches Konzept sollte daher auch die Stellung der EU im internationalen Machtgefüge bestimmt werden. Wenn sich die EU ohne eine klare Zielvorstellung weitereschleppt, wird ihr Einfluss wahrscheinlich abnehmen, und dann könnte ein Machtvakuum entstehen.

Ich bin kein Befürworter einer Arbeitsteilung, der zufolge „Europa für Europa und die Vereinigten Staaten für die übrige Welt zuständig sind.“ Wir, die Europäer, brauchen Fähigkeiten zur Entsendung von Streitkräften ins Ausland, um unsere Interessen zu verteidigen. Diese Fähigkeiten sollten auch zur Verbreitung von Stabilität, d.h. zur Durchführung von Friedensoperationen, genutzt werden. In einem ersten Schritt sollten die europäischen NATO-Mitglieder vorzugsweise mittels europäischer Joint ventures die NATO-Initiative zur Verteidigungsfähigkeit in die Praxis umsetzen. Nur durch engere Zusammenarbeit werden wir eine bessere Kosten-Nutzen-Bilanz erreichen.

Ein strategisches Konzept würde uns helfen, die sogenannten „Petersberg-Aufgaben“ zu definieren, die in die EU-Verträge aufgenommen wurden: humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, Aufgaben im Zusammenhang mit friedenserhaltenden Maßnahmen und Aufgaben von Streitkräften bei der Bewältigung von Krisen einschließlich der Herbeiführung von Frieden. Innerhalb der EU gehen die politischen Ansichten immer noch auseinander. Auf der einen Seite bevorzugen EU-Mitglieder mit starken transatlantischen Sympathien wie mein eigenes Land, die Niederlande, traditionell eine eher einschränkende Auslegung der Petersberg-Aufgaben. Um die Mithilfe der Vereinigten Staaten in schwierigeren Krisensituationen sicherzustellen, wollen diese Mitgliedstaaten nur kleinere Operationen am unteren Ende des Konfliktspektrums übernehmen. Auf der anderen Seite bevorzugen EU-Mitglieder mit einer starken Ausrichtung auf Europa

wie z.B. Ihr Land, Frankreich, die Entwicklung militärischer Fähigkeiten zur Übernahme dieser Aufgaben in allen Bereichen des Konfliktspektrums.

Derzeit ist jedoch einiges in Bewegung gekommen. Die niederländische Regierung nimmt eine positivere Haltung gegenüber dem Gedanken ein, die europäische Verteidigung zu stärken. Meiner Meinung nach sollte jemand wie Sie und ich versuchen, die einschlägigen Politiker davon zu überzeugen, dass eine EU mit globalen Interessen ein maximalistische Auslegung der Peterberg-Aufgaben verlangt. Wir sollten klarmachen, dass dies die NATO nicht schwächen, sondern stärken wird. Daher sollten wir auch betonen, dass eine unnötige Überschneidung der Arbeitsbereiche zu vermeiden ist. Es wäre bedauerlich, wenn wir eine NATO mit zwei Stützpfilern bekämen, die zwei mit ähnlichen Aufgaben besetzte Bürokratien und schließlich auch zwei integrierte Militärstrukturen hätte.

Wie Sie halte auch ich es für ermutigend, dass die NATO und die EU allmählich lernen, in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien* unter Nutzung von Synergieeffekten zusammenzuarbeiten. Dies ist eine entscheidende Bewährungsprobe. Versagen die NATO und die EU hier, so besteht eine enorme Eskalationsgefahr. Gelingt Ihnen eine Lösung der Probleme, so wird dies erneut beweisen, dass die NATO und die EU für den Frieden und die Stabilität Europas unerlässlich und zu effizienter Zusammenarbeit in der Lage sind.

Mit freundlichen Grüßen
Rob de Wijk

Die EU hat keine andere Wahl, als eine aktive weltpolitische Rolle zu spielen.

ROB DE WIJK

NEUE GESICHTER BEI DER NATO

In den letzten Jahren sind in der Brüsseler NATO-Zentrale neue Gesichter aufgetaucht, da Angehörige der Partnerstaaten nun die Möglichkeit nutzen, Beschlussfassungsprozesse und Operationen des Bündnisses mit eigenen Augen zu beobachten. Seit 1999 haben mehr als 20 Nachwuchsbeamte aus Partnerstaaten von einem PfP-Praktikantenprogramm profitiert, in dessen Rahmen sie einige Zeit in der zentralen Schaltstelle des Bündnisses arbeiten können.

Das Programm, das im November 1998 auf einer Tagung des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats bekannt gegeben wurde, erfreut sich seit der Ankunft der ersten Praktikanten aus den Partnerstaaten unmittelbar nach dem Washingtoner NATO-Gipfel von 1999 zunehmender Beliebtheit. Im Internationalen Stab der NATO sind für das Programm acht Stellen in Abteilungen eingerichtet worden, die mit PfP-Aktivitäten befasst sind, nämlich jeweils zwei in den Abteilungen Verteidigungsplanung und Operationen, Verteidigungsunterstützung, Zivile Notfallplanung und Politische Angelegenheiten.

Die Kosten des Programms werden von den Partnerstaaten getragen. Um im Hinblick auf das Programm die Chancengleichheit von Angehörigen aller Partnerstaaten sicherzustellen, haben jedoch manche NATO-Staaten bestimmte Praktikanten finanziell unterstützt. Ein ukrainischer Teilnehmer, dessen Praktikum im Frühjahr dieses Jahres begann, wird beispielsweise vom Vereinigten Königreich unterstützt.

Alle im PfP-Rahmen eingerichteten Stellen stehen Angehörigen aller Partnerstaaten offen, aber von den Bewerbern werden gute Kenntnisse in einer der beiden Arbeitssprachen der NATO erwartet. Die endgültige Entscheidung liegt zudem bei den ausbildenden Abteilungen, die sich nach den Qualifikationen der Bewerber und dem Grundsatz der ausgewogenen geographischen Verteilung richten. Damit die Praktikanten

größtmöglichen Nutzen aus den während des Praktikums gesammelten Erfahrungen ziehen können und eine regelmäßige Ablösung sichergestellt ist, beträgt die Dauer eines Praktikums wenige Monate bis zu einem Jahr.

Die Tätigkeit von Angehörigen der Partnerstaaten bei der NATO unterliegt besonderen Bestimmungen, mit deren Hilfe der Informationsbedarf des Praktikanten mit den Sicherheitsvorschriften der NATO in Einklang gebracht werden soll. Obgleich zahlreiche Bestimmungen aus den Regelungen für Praktikanten

© Holmberg



Marie Holmberg: Einzigartige Möglichkeiten

aus NATO-Mitgliedstaaten stammen, haben die Angehörigen von Partnerstaaten keinen Zugang zu geheimhaltungspflichtigen Informationen und auch nicht zu bestimmten Teilen der NATO-Zentrale. Folglich erhalten die Praktikanten aus Partnerstaaten Ausweise mit dem Vermerk „non-escorted visitor“, damit sie von ihren Büros (außerhalb der Sicherheitsbereiche der NATO) zu ihrer jeweiligen Abteilung gehen können. Darüber hinaus erhalten sie durch Sonderregelungen so ausreichenden Zugang zu geheimhaltungspflichtigen Informationen, dass sie ihre Aufgaben wahrnehmen können.

Eric de Labarthe, Koordinator des PfP-Praktikantenprogramms, erläuterte in diesem Zusammenhang einmal: „Manchen Praktikanten wurden Sondergenehmigungen für die Teilnahme an Sitzungen erteilt, die für ihre Arbeit von Bedeutung waren. Infolge der derzeitigen Bemühungen um die Vereinheitlichung der Geheimhaltungsvorschriften für NATO- und PfP-Dokumente haben Praktikanten zudem jetzt schon Zugang zu einem breiten Spektrum von Informationen, die seit kurzem nicht mehr der Geheimhaltung unterliegen.“

Neben der praktischen Ausbildung haben Praktikanten die Möglichkeit, selbst einen Beitrag zu Operationen des Bündnisses zu leisten. Nach Absprache mit ihrer jeweiligen Abteilung können sie eigene Projekte durchführen – von der Erstellung von NATO-Veröffentlichungen bis hin zur Erarbeitung gründlicher Analysen und Fallstudien zu PfP-Themen. Laut Marie Holmberg, einer schwedischen Praktikantin, die sich in einer Studie für die Abteilung für Verteidigungsunterstützung mit der Beteiligung von Partnerstaaten an Aktivitäten im Bereich der landgestützten Rüstung und der Schutzmaßnahmen für militärisches Personal befasste, „sind die einzelnen Projekte ein Beweis für die einzigartigen Möglichkeiten, die das PfP-Praktikantenprogramm bietet.“

Die Erfahrung multikultureller Zusammenarbeit und der gründliche Einblick in die Arbeitsweise der NATO tragen dazu bei, einigen Legenden über das Bündnis ein Ende zu bereiten. Marie Holmberg erklärte, sie betrachte das Bündnis nun aus der Sicht der „neunzehn Staaten, die dahinter stehen“, und wisse „den Wert des Konsensprinzips bei der Beschlussfassung“ zu schätzen.

Da nie mehr als acht Praktikanten gleichzeitig bei der NATO arbeiten können, fällt dieses Programm im Vergleich zu ähnlichen Programmen des militärischen Bereichs eher bescheiden aus. Trotzdem erfreut sich die Initiative sowohl bei den Bediensteten in der NATO-Zentrale als auch bei den Teilnehmern aus den Partnerstaaten großer Beliebtheit, so dass das Programm möglicherweise erweitert wird. „Der Erweiterungsvorschlag hat großen Anklang gefunden, auch wenn vor seiner Umsetzung noch weitere Überlegungen anzustellen sind“, erklärte Eric de Labarthe. ■

ZMZ- WIEDERAUFBAU

Duge ist ein abgelegenes Dorf im Crnoljeva-Gebirge des Kosovos und liegt ungefähr dort, wo sich die Straßen nach Urosevac und Prizren kreuzen. Es hat etwa 200 Einwohner, ist im Winter weitgehend von der übrigen Provinz abgeschnitten und wurde wie ein Großteil des Kosovos während der Kampfhandlungen der Jahre 1998 und 1999 weitgehend zerstört. Heute wird das Leben allmählich wieder normaler, was größtenteils auf die Anstrengungen eines Teams für zivilmilitärische Zusammenarbeit (ZMZ) der KFOR zurückzuführen ist.

Kriegsschäden an der Hauptverbindungsstraße nach Duge bedeuteten, dass es für die Dorfbewohner extrem schwierig war, ihren Wohnort zu erreichen oder zu verlassen, dass sie keinen unmittelbaren Zugang zu medizinischer Versorgung hatten und ihre Kinder nicht zur Schule schicken konnten. Die Wiederinstandsetzung des drei Kilometer langen Straßenabschnitts, der Duge mit der Außenwelt verbindet, war für die Wiederbelebung des Dorfes von entscheidender Bedeutung und zählte zu den etwa 1000 Wiederaufbauprojekten, die im vergangenen Jahr von einem ZMZ-Team aufgelistet worden sind.

ZMZ steht für einen Kooperations- und Koordinationsprozess zwischen einem NATO-Befehlshaber und der Zivilbevölkerung wie auch den zivilen Organisationen des jeweiligen Einsatzgebiets. Der Prozess umfasst den Aufbau von Verbindungsmechanismen und die Koordinierung der Erfordernisse der militärischen und der zivilen Organisationen. In Ausnahmefällen kann dieser Prozess auch zur Einbeziehung des Militärs in Aufgaben führen, für die normalerweise der zivile Sektor zuständig wäre.

Die Beteiligung der ZMZ an Wiederaufbaumaßnahmen war das zentrale Element der Strategie des zweiten KFOR-Befehlshabers, des spanischen Generals Juan Ortuño, der dem Kosovo eine „langfristige wirtschaftliche Perspektive“ und einen Mechanismus geben wollte, „der die Weiterleitung internationaler Hilfsgelder an die regionale und kommunale Ebene

© NATO



General Ortuño: langfristige Perspektive

erleichtern“ sollte. Dieser Ansatz ist zudem von zivilen Organisationen, internationalen Stellen und örtlichen Behörden nicht nur begrüßt worden, sondern hat auch zu einer besseren Verständigung zwischen ihnen und dem Militär beigetragen.

Im Anschluss an eine im März 2000 durchgeführte Untersuchung, der zufolge der internationalen Staatengemeinschaft ein den gesamten Kosovo erfassender Mechanismus zur Ermittlung des Wiederaufbaubedarfs fehlte, bildeten SHAPE-Planer die Entwicklungsgruppe Kosovo, die unter der Leitung des EU-Arbeitsstabs für den Wiederaufbau des Kosovos eingesetzt wurde. Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien und Spanien stellten einen Stab von 18 qualifizierten Offizieren zur Verfügung, die in Dreiergruppen in den fünf Sektoren der Provinz und in Pristina im Einsatz waren. Die Kosten wurden von allen Beteiligten gemeinsam getragen, wobei die beteiligten Staaten die Gehälter übernahmen, die KFOR für Unterkunft und Arbeitsräume sorte und die EU für Transportkosten sowie für Büromaterial und sonstige Kosten zuständig war.

Ab Juli 2000 reisten die Teams der Entwicklungsgruppe Kosovo durch die gesamte Provinz und registrierten in der Reihenfolge ihrer Dringlichkeit in Zu-

sammenarbeit mit örtlichen Behörden und den etwa 120 im Kosovo aktiven nicht-staatlichen Organisationen Wiederaufbauprojekte wie das in Duge. Für diese Projekte, die von der Wiederinstandsetzung der Infrastruktur bis hin zur Wiederbelebung der Wirtschaft alle Aspekte des Wiederaufbaus umfassen, sind nun EU-Mittel bereitgestellt worden.

Die ursprünglichen Mitarbeiter der Entwicklungsgruppe Kosovo verließen die Provinz, als die Zeit ihres Einsatzes im Januar endete. Ihre Nachfolger werden bis Juli dieses Jahres die Projektaufsicht führen; dann dürften zivile Strukturen der EU zur Übernahme dieser Aufgabe bereit sein.

Seit die von der NATO geführten Friedenstruppen im Dezember 1995 auf dem Balkan eintrafen, ist das Spektrum der Aktivitäten, an denen sich das Militär beteiligt, stetig erweitert worden. Obwohl die Anforderungen an die Soldaten und deren Fertigkeiten bereits gestiegen sind, haben sich die Erfahrungen der ZMZ auf dem Gebiet des Wiederaufbaus als äußerst wertvoll erwiesen und dazu beigetragen, die Beziehungen sowohl zur örtlichen Bevölkerung als auch zu den anderen im Kosovo aktiven internationalen Organisationen zu verbessern.

Auf der Grundlage der sowohl in Bosnien und Herzegowina als auch im Kosovo gesammelten Erfahrungen hat SHAPE ein Papier erarbeitet, in dem die allgemeinen ZMZ-Leitlinien (Konzept und Einsatzgrundsätze) dargelegt werden. Am wichtigsten ist jedoch, dass Kontrollmechanismen festgelegt worden sind, damit die Beteiligung an zivilen Aufgaben nur dann erfolgt, wenn es dazu keine Alternative gibt. Dieses Papier ist von den NATO-Mitgliedstaaten bereits angenommen worden und dürfte bald vom Nordatlantikrat bestätigt werden.

Mit dem Ziel einer Verbesserung der Koordination vor Ort hat SHAPE zudem Arbeitsbeziehungen zu den zentralen internationalen und nichtstaatlichen Organisationen hergestellt, die an ZMZ-Aktivitäten interessiert sind; dazu zählen die EU, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz und die im Kosovo vertretenen Dienststellen der VN. Darüber hinaus ist der Entwurf für ein weiteres, noch umfassenderes Papier zur ZMZ-Doktrin erarbeitet worden, in dem genau ausgeführt wird, wie die ZMZ vor Ort eingesetzt werden soll. Dieser Entwurf wird den einzelnen Mitgliedstaaten derzeit zur Zustimmung zugeleitet. ■

Andras Simonyi: Herold Ungarns

Andras Simonyi, der 1995 Botschafter Ungarns bei der NATO und 1999 der erste Ständige Vertreter seines Landes beim Bündnis wurde, hat zunächst in Bezug auf den Beitritt Ungarns zur NATO und dann im Hinblick auf die Steuerung des Übergangsprozesses eine führende Rolle gespielt. Botschafter Andras Simonyi (49) hat Brüssel im Januar 2001 nach neun Jahren verlassen, um neue Aufgaben als Unternehmensberater zu übernehmen; nun arbeitet er darauf hin, Mittel- und Osteuropa internationale Investitionen zu sichern.

NATO Brief: Wie wirkt sich die NATO-Mitgliedschaft Ungarns auf Ihr Land aus und welche Reaktion zeigt die ungarische Öffentlichkeit?

Andreas Simonyi: Der Gedanke der euro-atlantischen Integration hat einen gewaltigen Einfluss auf mein Land ausgeübt. Ungarn übernahm aus der Zeit des Kommunismus eine Reihe von Strukturen und eine angeschlagene Wirtschaft, die reformbedürftig war. Letztlich lassen sich Reformen am besten dadurch erreichen, dass man auf die Integration in die beiden wichtigsten Organisationen hinarbeitet, die für Modernisierung stehen, nämlich die NATO und die Europäische Union. Die Vorbereitung auf die NATO-Mitgliedschaft hat uns daher sehr geholfen; dadurch wurde nämlich auf die ungarischen Institutionen, die ungarische Gesellschaft und die Politiker Ungarns ein Höchstmaß an Druck aufrechterhalten, die nötigen Reformen durchzuführen, damit Ungarn den Anschluss an die modernsten Demokratien der Welt, von denen viele der NATO angehören, finden konnte. Die Mitgliedschaft gab es aber nicht zum Nulltarif. Sie hat sowohl auf menschlicher Ebene als auch in finanzieller Hinsicht zahlreiche Opfer gefordert. Am Ende hat Ungarn jedoch die gewünschte Stabilität erreicht und großen Einfluss auf die euro-atlantische Politik erlangt. Ungarn ist nun im Nordatlantikrat vertreten, in dem die wichtigsten Entscheidungen über die Sicherheit Europas getroffen werden.

NB: Wie reagierten Ungarn und die ungarische Öffentlichkeit auf die Kosovo-Luftoperationen?

AS: Nach etwas mehr als einer Woche fröhlicher Feiern anlässlich des Beitritts Ungarns zur NATO (12. März 1999) bedeuteten die NATO-Luftoperationen für mein Land einen enormen Schock. Wichtig ist jedoch, dass Ungarn diese Bewährungsprobe bestanden hat. Das Verhalten Ungarns und übrigens auch der anderen neuen Mitglieder während der Luftoperationen bewies, wie weitsichtig die NATO-Erweiterung durchgeführt worden war, denn der Beschlussfassungsprozess wurde durch unsere Mitgliedschaft nicht



© NATO

erschwert. Hier ist unbedingt der ungarischen Öffentlichkeit Anerkennung zu zollen, denn Ungarn war schließlich der einzige Mitgliedstaat, dessen Bevölkerung die Auswirkungen der Luftoperationen direkt sehen konnte. Wer an der jugoslawisch-ungarischen Grenze lebt, konnte die Bombenangriffe sehen und hören und hatte häufig sogar Verwandte auf der anderen Seite der Grenze. Trotzdem sank die Unterstützung für die Operationen nie unter 50%. Die ungarische Öffentlichkeit verstand gut, wofür die NATO steht und warum wir die Operationen einleiteten.

NB: Als Ungarn der NATO beitrug, äußerten Gegner der NATO-Erweiterung verschiedene Befürchtungen, u.a. in Bezug auf die möglichen Folgen für die Beziehungen zu Russland sowie im Hinblick auf die Frage, ob der Nordatlantikrat weiter zu wirksamen Operationen fähig sein würde und ob Ungarn wie auch die anderen neuen Mitglieder

aus militärischer Sicht eigentlich schon zum Beitritt bereit waren. Was ist aus diesen Befürchtungen geworden?

AS: Manche Sorgen waren völlig unbegründet, und manche ergaben sich aus der Frage, ob eine erweiterte NATO mit 19 Mitgliedern ebenso stark und wirksam sein könne wie mit 16. Die Kosovo-Luftoperationen zeigten, dass es durchaus möglich ist, äußerst schwierige Beschlüsse auch mit 19 Mitgliedern zu fassen, denn trotz der Mitgliedschaft Polens, der Tschechischen Republik und Ungarns waren die Solidarität, die Effizienz und der Zusammenhalt des Bündnisses nicht schwächer, sondern stärker. Damit will ich sagen, dass die Fähigkeit zur Beschlussfassung nicht von der Zahl der Staaten im Rat, sondern von ihrer Haltung sowie von der Einsicht abhängig ist, dass sie schließlich doch am gleichen Strang ziehen müssen. Folglich mache ich mir über eine künftige Bündniserweiterung keine Sorgen und würde gern möglichst viele neue Mitglieder aufnehmen, vorausgesetzt sie verstehen, wie wichtig es ist, die Effizienz, den Zusammenhalt und die Solidarität des Bündnisses zu wahren. Bezüglich Russlands hat Ungarn stets die Ansicht vertreten, dass die NATO-Erweiterung nichts mit irgendeiner Angst vor Russland zu tun hat. Die NATO wird viel

mehr erweitert, weil wir die Zone der Stabilität und Sicherheit in Richtung Osten ausdehnen wollen. Unserer Meinung nach liegt es sogar im Interesse Russlands selbst, dass die Staaten an seinen westlichen Grenzen stabiler werden. Die letzten beiden Jahre haben gezeigt, dass die Zone der Stabilität tatsächlich größer geworden ist und Polen, die Tschechische Republik sowie Ungarn nun viel stabiler sind, ihre Volkswirtschaften viel schneller wachsen und sogar diejenigen Staaten, die noch nicht NATO-Mitglieder, aber Nachbarstaaten der neuen Mitglieder sind, von einer Atmosphäre der Sicherheit und Stabilität profitieren können.

NB: Hat sich die Lösung mancher Probleme als schwieriger erwiesen als erwartet?

AS: Die NATO muss in der Zeit der Erweiterung ihre Stärke mit Hilfe angemessener Fähigkeiten aufrechterhalten. Ich war mit dem Tempo der Militärreform nie zufrieden. Hierbei handelt es sich um einen fortlaufenden Prozess, der wahrscheinlich nie ganz abgeschlossen werden kann, aber darüber entscheidet, ob man den Sicherheitsaufgaben der modernen Welt gerecht wird oder nicht. Ich bedaure, dass uns in der Vorbereitungsphase nicht die Instrumente zur Verfügung standen, die nun den Beitrittskandidaten zugute kommen, und dass wir noch nicht so intensiv in Partnerschaftsaktivitäten eingebunden waren wie die heutigen Partnerstaaten der NATO. Ich wünschte auch, wir hätten von einem so umfassenden Informationsaustausch profitieren können, wie er jetzt tagtäglich mit den Beitrittskandidaten praktiziert wird, denn dies hätte die Vorbereitung auf den Beitritt vielleicht erleichtert. Unter dem Schlussstrich lautet das Fazit jedoch, dass wir den Reformprozess weiterführen müssen, weil Ungarn weniger umfangreiche, effizientere und mobilere Streitkräfte mit einer höheren Kommunikationsfähigkeit braucht, die sowohl den Interessen Ungarns als auch denen der NATO besser dienen können.

NB: Lassen sich aus dem zeitlichen Ablauf und der Art und Weise des ungarischen NATO-Beitritts irgendwelche Lehren ziehen?

AS: Für uns besteht die wichtigste Lehre darin, dass die Reform des militärischen Sektors rasch und effizient durchgeführt werden sollte. Eine langsame Durchführung verringert nicht die Schwierigkeiten, sondern verschärft sie und lässt sie länger andauern. Es ist wichtig, sich auf Prioritäten zu konzentrieren, die frühzeitig ermittelt und auf einige wenige zu begrenzen sind, die dann auch zielstrebig verfolgt werden. Der wichtigste Teil der Militärreform besteht im Abbau und dann in der Umstrukturierung der Streitkräfte, und hier kommt es entscheidend darauf an, sich auf das Streitkräftepersonal zu konzentrieren. Personalmanagement bietet den Schlüssel zu einer erfolgreichen Militärreform. Steckt man alles Geld der Welt in ein veraltetes System, wird man keinerlei Wirkung feststellen können. Die richtige Methode zur Streitkräfte-reform besteht darin, das Personal umzustrukturieren, neu zu organisieren und angemessen auf den Reformprozess vorzubereiten, bevor man Geld investiert. Wir mussten in einem schmerzhaften Lernprozess erkennen, dass eine Streitkräfte-reform nicht aufgrund der Forderungen der NATO durchgeführt werden sollte, sondern weil sie für den Demokratisierungsprozess, in dessen Rahmen die Öffentlichkeit staatliche Ausgaben kontrolliert, unerlässlich ist und das jeweilige Land effizienter macht.

NB: Wie stellt Ungarn sicher, dass seine Streitkräfte den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gewachsen sind?

AS: Wir bauen ab. Wir reorganisieren. Wir drehen die Pyramide wieder um, d.h. wir wollen eine Armee von Soldaten, die nicht durch eine zu große Anzahl von Offizieren und Generalen überlastet ist. Unsere Streitkräfte werden auch eine bessere Ausrüstung brauchen, die wir nolens volens beschaffen müssen. Bei der Streitkräfte-reform geht es aber nicht nur um Geld. Letztlich geht es um die Art der politischen Führung. Politischer Wille, Engagement und klare Führungssignale seitens der Regierung sind die Voraussetzungen für den Erfolg der Streitkräfte-reform. Man kann Unsummen von Geld in die Militärreform stecken, aber ohne ein gutes Konzept, ohne den nötigen politischen Willen und ohne eine entschlossene politische Führung ist der Reformprozess stets zum Scheitern verurteilt.

NB: Welche Lehren lassen sich auf der Grundlage der Erfahrungen Ungarns sowohl für das Bündnis als auch für andere Beitrittskandidaten hinsichtlich einer künftigen Erweiterung der NATO ziehen? Welche Bedingungen sollte die NATO stellen, und welche Maßnahmen sollten die Kandidaten jetzt schon treffen?

AS: Die Kriterien für die drei ersten neuen Mitglieder waren sehr klar. Sie lauteten: 1. politische Demokratie und Stabilität, 2. Wirtschaftsreform und uneingeschränkte Einführung der freien Marktwirtschaft, 3. uneingeschränkte Achtung der Menschenrechte und Herstellung gutnachbarschaftlicher Beziehungen, 4. Militärreform und zivile Kontrolle der Streitkräfte. Dies sind die vier entscheidenden Kriterien, an denen wir ungeachtet des jeweiligen Landes festhalten müssen, denn es ist wichtig, dass sich die NATO im Zuge ihrer Erweiterung zu einer Gemeinschaft gleichgesinnter Staaten entwickelt. Will man diese Kriterien ihrer Bedeutung nach ordnen, so sollte das wichtigste Kriterium immer gerade das sein, das in dem jeweiligen Land am wenigsten erfüllt ist. Allen Staaten, die der NATO beitreten wollen, möchte ich daher sagen, sie sollten sich darüber im Klaren sein, dass die Bedingungen hart sind, sie jedoch auf dem Weg zu deren Erfüllung nicht allein dastehen. Die PfP, der Aktionsplan zur Mitgliedschaft und der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat bieten nun so viel mehr Möglichkeiten, als wir vor fünf Jahren während unseres Vorbereitungsprozesses hatten. Ungarn ist bereit, sowohl über seine positiven als auch über seine negativen Erfahrungen zu berichten, um anderen Staaten bei der Erfüllung dieser Kriterien behilflich zu sein.

NB: Welche bleibenden Eindrücke nehmen sie nach Ihrer fast zehnjährigen Tätigkeit in der NATO-Zentrale mit sich?

AS: Bei der NATO geht es um viele Dinge, aber in erster Linie geht es um die Aufrechterhaltung der transatlantischen Beziehungen. Das Bündnis bietet das entscheidende Mittel, um die beiden Seiten des Atlantiks zusammenzuhalten, aber die Pflege dieser Beziehungen ist nicht nur eine Aufgabe der Regierungen, sondern auch die Aufgabe jedes Einzelnen von uns. Als Privatperson will ich nun die bei der NATO gewonnenen Erfahrungen bestmöglich nutzen, um das Konzept der nordatlantischen Zusammenarbeit zu fördern und der Öffentlichkeit die Bedeutung der transatlantischen Bindung vor zu Augen führen. Als ich mich vor einigen Monaten von der NATO verabschiedete, sagte ich in meiner Abschiedsrede vor dem Nordatlantikrat, dass die NATO ein großartiges Bündnis ist, dessen Stärke erhalten bleiben muss. ■

Botschafter Andras Simonyi sprach mit Christopher Bennett.

Hohe Erwartungen

Andrej Zagorski befasst sich mit der Tauwetterperiode in den Beziehungen zwischen der NATO und Russland und analysiert die Gründe dafür, dass sowohl Optimismus als auch Vorsicht geboten sind.



© NATO

Partner für den Frieden: Die Zusammenarbeit zwischen der NATO und Russland auf dem Balkan ist eine ausgesprochen positive Erfahrung.

Seit im Mai 2000 der Dialog zwischen der NATO und Russland wieder aufgenommen wurde, haben sich die Beziehungen zwischen den beiden Seiten stetig verbessert. Die Sitzungen des Ständigen Gemeinsamen Rates, auf denen im Dezember 2000 in der NATO-Zentrale die Verteidigungs- und Außenminister der NATO-Staaten mit ihren russischen Amtskollegen, Marschall Igor Sergejew und Igor Iwanow, zusammenkamen, ließen deutliche Fortschritte und eine Ausweitung des Programms der Kooperationsaktivitäten erkennen. Die Verbesserungen der letzten Zeit überdecken jedoch tiefer liegende Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bündnispartnern und Russland in Bezug auf die Entwicklung der europäischen Sicherheitsarchitektur und das Wesen der Partnerschaft zwischen ihnen. Da die Beziehungen

Andrej Zagorski ist am Ost-West-Institut Leiter des Prager Netzwerkprojekts für Frühwarnsysteme und Verfasser zahlreicher Veröffentlichungen zu Russland und zu Sicherheitsfragen.

Russlands zum Westen auf zahlreichen Schauplätzen der Geschichte eine Rolle spielen, könnten die Aussichten für den NATO-Russland-Dialog zudem auch durch äußere Entwicklungen beeinflusst werden. Folglich besteht vielleicht nur eine recht geringe Chance, die Interessen Moskaus und Brüssels auf einen Nenner zu bringen und einen dynamischen Sicherheitsdialog einzuleiten.

Nachdem im Mai 2000 auf der Ministertagung des Ständigen Gemeinsamen Rates in Florenz ein umfassendes Arbeitsprogramm vereinbart worden war, machten die Beziehungen zwischen der NATO und Russland einen längeren Rehabilitationsprozess durch, der Anfang 2001 weitgehend abgeschlossen war. Das Arbeitsprogramm umfasst nun vielfältige Themen von beiderseitigem Interesse, einschließlich der weiteren Zusammenarbeit und der Fortführung der Konsultationen bezüglich der Friedensmission auf dem Balkan, der Gespräche über Fragen der Strategie und der Doktrin sowie der Zusammenarbeit in den Bereichen Rüstungskontrolle, Proliferation, militärische Infrastruktur, nukleare Sys-

teme und Raketenabwehr, Umschulung militärischen Personals sowie Such- und Rettungseinsätze auf See.

Die praktischen Erfahrungen im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen russischen Soldaten und denen der NATO während der von der NATO geführten Friedensoperationen in Bosnien und Herzegowina (Bosnien) sowie im Kosovo waren besonders positiv. Russische Offiziere haben zudem bei der Planung gemeinsamer Operationen im Obersten Hauptquartier der Alliierten Mächte Europa (SHAPE) eine immer konstruktivere Rolle gespielt. Die Eröffnung des NATO-Informationsbüros in Moskau, die im Februar 2001 nach einem Jahr harter Verhandlungen erreicht wurde, ist ein weiterer sichtbarer Beweis für die Verbesserung der Beziehungen.

Obwohl sich Moskau im Allgemeinen bemüht, in offiziellen Erklärungen keinerlei Nebentöne mitschwingen zu lassen, hat sich die Atmosphäre in den letzten Monaten deutlich verändert. Außenminister Igor Iwanow, der für seine zurückhaltende Art bekannt ist, hat öffentlich geäußert, dass die Erfolge im praktischen Bereich allmählich auf andere Gebiete übergreifen und die Beziehungen zwischen der NATO und Russland insgesamt verbessern. Selbst Marschall Igor Sergejew hat sich in letzter Zeit optimistischer gezeigt und insbesondere die engere Zusammenarbeit bei der Planung gemeinsamer Operationen gelobt. Er hat allerdings auch warnend darauf hingewiesen, dass die Beziehungen noch nicht völlig wiederhergestellt seien und das traurige Kapitel der Störung der Beziehungen zwischen Moskau und Brüssel durch die Kosovo-Luftoperationen der NATO erst noch abgeschlossen werden müsse.

Es besteht sowohl Anlass zu Optimismus als auch zu Vorsicht. Das Arbeitsprogramm 2001 des Ständigen Gemeinsamen Rates ist fast so umfassend wie das von Ende 1998, einer Zeit, die man wohl als „Flitterwochen“ der Beziehungen zwischen der NATO und Russland bezeichnen könnte. Dies rechtfertigt jedoch nicht die Erwartung, dass nun eine echte Partnerschaft beginnt, sondern dadurch wird eher aufgezeigt, welche Themen im bevorstehenden Verhandlungsprozess zu erörtern sind. Vor uns liegt ein steiniger Weg. Die Erledigung auch einfacher Fragen dauert Monate und sogar Jahre. Die langwierigen Verhandlungen, die schließlich zur Eröffnung des NATO-Informationsbüros führten, und die noch laufenden Verhandlungen über die Einrichtung eines militärischen Verbindungsbüros der NATO in Moskau sind Ausdruck der fortwährenden Meinungsverschiedenheiten der beiden Seiten in Bezug auf die europäische Sicherheitsordnung. Diese Meinungsverschiedenheiten konnten während der Wiederannäherung nach der Kosovokrise noch nicht beigelegt werden. Sie gehen sogar auf die Zeit vor der Krise zurück, so dass man sich fragen muss, ob die NATO und Russland auf dem Gebiet der vertrauensbildenden Maßnahmen, die den Dreh- und Angelpunkt der Aktivitäten der letzten Monate darstellen, wirklich genug erreicht haben, um das Fundament für eine echte Partnerschaft zu legen.

Als 1997 die Grundakte NATO-Russland unterzeichnet und der Ständige Gemeinsame Rat eingerichtet wurde, betrachtete die russische Führungselite dies als eine Maßnahme der Schadensbegrenzung im Zusammenhang mit der ersten Osterweiterung des Bündnisses. Zunächst versuchte Moskau, die Stationierung von Kernwaffen, die Ausweitung der militärischen Infrastruktur des Bündnisses und die Stationierung von NATO-Truppen in den neuen mitteleuropäischen Mitgliedstaaten zu verhindern. Die NATO-Mitgliedstaaten betrachteten die Grundakte dagegen in der Regel als Teil eines Gesamtpakets, das Russland die NATO-Erweiterung schmackhafter machen sollte.

Die Grundakte selbst ist jedoch auf ehrgeizigere Ziele ausgerichtet. Mit dem Ständigen Gemeinsamen Rat sollte ein „Mechanismus für Konsultation, Koordination und, im größtmöglichen Umfang, wo dies angebracht ist, für gemeinsame Entscheidungen und gemeinsames Handeln in bezug auf Sicherheitsfragen von beiderseitigem Interesse geschaffen“ werden. Das ausdrücklich genannte „gemeinsame Ziel der NATO und Russlands“ bestand darin, „so viele Gelegenheiten wie möglich für gemeinsames Handeln aufzuzeigen und zu verfolgen.“ Der geplante gemeinsame Beschlussfassungsmechanismus konnte leider nicht verwirklicht werden. Der Dialog ist nicht über das Niveau regelmäßiger Konsultationen hinausgekommen und hat nach dem Beginn der Kosovo-Luftoperationen viel von seiner ursprünglichen Dynamik verloren. Da Moskau nicht die Verantwortung für ein Vorgehen mittragen wollte, das es nicht billigen, aber auch nicht verhindern konnte, meinte es, es sei besser, sich einfach zurückzuziehen.

Seither hat sich die Lage eindeutig gebessert. Die Beteiligung russischer Offiziere an der Planung gemeinsamer Operationen hat sich in den letzten Monaten erheblich verbessert, und vor NATO-Beschlüssen finden umfassendere Konsultationen statt. Moskau hat kein Vetorecht, aber seinen Positionen und Anliegen wird gebührend Rechnung getragen. Derzeit funktioniert diese Form der Zusammenarbeit zwar, aber es ist nicht klar, ob dies auch bei strittigeren Fragen wie etwa im März 1999 der Fall wäre.

Die erste Moskautreise von NATO-Generalsekretär Lord Robertson im Februar 2000 zielte darauf ab, die Beziehungen zwischen der NATO und Russland wiederzubeleben. Er kam mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin überein, die NATO und Russland sollten einen „aktiven Dialog über ein breites Spektrum von Sicherheitsfragen führen...“, um künftigen Herausforderungen entgegentreten zu können und ihre Zusammenarbeit zu einem Eckstein der europäischen Sicherheitsarchitektur zu machen.“ Die beiden Seiten verfolgen jedoch in Bezug auf die Sicherheit Europas nach wie vor deutlich unterschiedliche Konzepte, die sich nach der Kosovokrise noch weiter voneinander entfernt haben. Gleichermaßen wurden in der gemeinsamen Erklärung der Ministertagung des Ständigen Gemeinsamen Rates vom Dezember 2000 zwar die erzielten Fortschritte begrüßt und das Bekenntnis bekräftigt, „im Rahmen des Ständigen Gemeinsamen Rates eine starke, stabile und gleichberechtigte Partnerschaft aufzubauen,“ aber Brüssel und Moskau vertreten noch immer unterschiedliche Auffassungen bezüglich der Ziele einer derartigen Partnerschaft.

Die NATO-Mitgliedstaaten betrachten das Bündnis als zentralen Stützpfeiler sowie als wirksamsten militärischen Einzelfaktor jedes europäischen Sicherheitssystems. Sie sind weiterhin bereit, die Zusammenarbeit mit Russland und mit anderen Partnerstaaten durch Maßnahmen zu verbessern, welche die einzigartige Rolle der NATO im Bereich der kooperativen Sicherheit stärken. In diesem Zusammenhang gilt der Ständige Gemeinsame Rat, wie Lord Robertson einmal sagte, als „einer der wichtigsten neuen institutionellen Mechanismen seit dem Ende des Kalten Krieges“.

Moskau würde dagegen die Entwicklung einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur, in der sich jedes Land gleichermaßen sicher fühlen könnte, bevorzugen und hat sich daher konsequent für die Stärkung der Rolle der OSZE eingesetzt. Im neuen außenpolitischen Konzept Russlands, das am 28. Juni 2000 vom russischen Präsidenten unterzeichnet worden ist, wird die Notwendigkeit einer Verbesserung und Vertiefung der Zusammenarbeit mit dem Bündnis hervorgehoben und die bedeutende Rolle der NATO im Hinblick auf die europäische Sicherheit anerkannt.

Dieses Konzept weist jedoch auch außergewöhnlich deutlich auf die Probleme Moskaus mit der NATO hin: „Die derzeitigen politischen und militärischen Dispositive der NATO sind mit den Sicherheitsinteressen der Russischen Föderation nicht vereinbar und laufen ihnen teilweise sogar zuwider.“ Dies bezieht sich im Wesentlichen auf das Strategische Konzept der NATO von 1999, das Zwangsoperationen „außerhalb des Hoheitsgebiets der NATO-Staaten“ ohne die ausdrückliche Genehmigung durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nicht ausschließt, sowie auf die Möglichkeit einer zweiten Erweiterungsrunde, insbesondere falls Teile der ehemaligen Sowjetunion davon betroffen sein sollten.

Russland will die NATO daher nicht als Dreh- und Angelpunkt des europäischen Sicherheitsdialogs betrachten, sondern als einen von mehreren Dialogpartnern. Der Ständige Gemeinsame Rat ist ein Forum, in dem russische Standpunkte zu Sicherheitsfragen zum Ausdruck gebracht werden können, aber er bietet Moskau nicht die Möglichkeit einer direkten Einflussnahme. Daher misst der russische Außenminister Igor Iwanow, auch wenn er die jüngsten Kooperationsfortschritte rühmt, dem Dialog im Rahmen des Ständigen Gemeinsamen Rates eine nur begrenzte Bedeutung als „wichtiges Forum des Informationsaustausches und der Erörterung bestimmter Fragen“ bei.

Diese unterschiedlichen Perspektiven veranlassen Russland und die NATO, im Hinblick auf ihren Dialog miteinander unterschiedliche Konzepte zu verfolgen. Im vergangenen Jahr drängte Moskau auf einen Gedankenaustausch zu den Themen militärische Doktrinen, Entwicklung der militärischen Infrastruktur und Raketenabwehr sowie auf mehr Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft und Technologie. Das Bündnis hat dagegen die Bedeutung der praktischen Zusammenarbeit (beispielsweise auf dem Gebiet der Militärreform) hervorgehoben und sich bemüht, Russland zu einer aktiveren Beteiligung an den PfP-Maßnahmen zu bewegen. Diese unterschiedlichen Ansatzpunkte sind allerdings nicht unvereinbar. Im Arbeitsprogramm 2001 des Ständigen Gemeinsamen Rates sind alle diese Bereiche wie auch einige andere enthalten. Wenn die unterschiedlichen Meinungsverschiedenheiten nicht ausgeräumt werden können, wird es jedoch schwieriger und weniger wahrscheinlich sein, dass substanzielle Fortschritte bei den eher umstrittenen Fragen erreicht werden können.

Vorerst sind Fortschritte also nur in den weniger kontroversen Bereichen möglich. Neben der erfolgreichen Zusammenarbeit, die sich vor Ort im Kosovo und in Bosnien zwischen den KFOR- und den SFOR-Truppen entwickelt hat (die allerdings in Russland jedes Mal in Frage gestellt wird, wenn auf dem Balkan etwas schief zu gehen scheint), lassen sich auch andere Erfolge auf Gebieten wie Such- und Rettungseinsätze auf See und Umschulung ehemaliger Offiziere nennen. Man sollte jedoch nicht die Bedeutung wenn auch noch so bescheidener Formen der praktischen Zusammenarbeit, der Eröffnung eines NATO-Informationsbüros oder der Bemühungen um die Errichtung eines militärischen Verbindungsbüros der NATO in Moskau unterschätzen. Echte Partnerschaft, sollte sie jemals möglich sein, kann sich nur aus solchen Projekten entwickeln.

Wie die jüngste Geschichte gezeigt hat, können sich die Schön- und Schlechtwetterperioden in den Beziehungen zwischen der

NATO und Russland jedoch als kurzlebig erweisen und leicht einer Verschlechterung der Beziehungen zum Opfer fallen, die sich aus Entwicklungen in Bereichen außerhalb des Aufgabengebiets des Ständigen Gemeinsamen Rates ergeben. Der praktischen Zusammenarbeit mit Hilfe von Joint Ventures bleibt möglicherweise auch nicht genug Zeit, um sich voll zu entfalten und positive Ringwirkungen auszulösen. Betrachtet man einmal kurz die Hauptanliegen Russlands, lässt sich besser verstehen, wie schwierig es sein kann, die Interessen Moskaus und Brüssels miteinander zu vereinbaren.

Das grundlegende Problem, das infolge der Kosovokrise ins Rampenlicht gerückt wurde, besteht in der Gestaltung der künftigen Weltordnung und der Stellung Russlands darin. Da die NATO die Autorität des VN-Sicherheitsrates, zu dessen ständigen Mitgliedern Russland zählt und in dem es über das Vetorecht verfügt, anscheinend in Frage stellt und es sich als schwierig erweist, aus der OSZE eine wirksame regionale Organisation der kollektiven Sicherheit zu machen, steht Moskau vor einer schwierigen Entscheidung. Entweder muss es sich zu einer engeren Zusammenarbeit mit der NATO bereit erklären, oder es läuft Gefahr, seinen Status als Großmacht weiter zu untergraben, auch wenn dieser Status auf die einstige bipolare Welt zurückgeht und sich abgesehen vom russischen nuklearen Arsenal nicht mehr auf tatsächliche

Fähigkeiten stützen kann. Die bevorstehenden Entscheidungen zur Erweiterung der NATO und zu einer Nationalen Raketenverteidigung (National Missile Defense – NMD) werden die Beziehungen Russlands sowohl zur NATO als auch zu den Vereinigten Staaten wahrscheinlich stören, da sie hinsichtlich des internationalen Status Russlands als weitere Herausforderung betrachtet werden.

Bezüglich der Erweiterung haben russische Regierungsvertreter wiederholt Moskaus Widerstand zum Ausdruck gebracht, insbesondere gegen die mögliche NATO-Mitgliedschaft der baltischen Staaten. Militärische Erwägungen spielen hier wahrscheinlich eine geringere Rolle als die Tatsache, dass eine NATO mit einem fast gesamteuropäischen Mitgliederkreis und mit Beziehungen, die dank der PfP bis in den Kaukasus und nach Zentralasien reichen, die Aussichten für die Entwicklung einer stärker gesamteuropäischen Sicherheitsrolle aller anderen Organisationen untergräbt. Moskau hätte dann kaum eine andere Wahl, als seine Zusammenarbeit mit der NATO auszubauen.

Im Hinblick auf die Raketenabwehr sieht Russland seinen Status als globale Nuklearmacht gefährdet, wenn die Vereinigten Staaten nicht bereit oder in der Lage sind, einen Kompromiss bezüglich der Einzelheiten ihres NMD-Projekts und der Zukunft des ABM-Vertrags zu vereinbaren. Solche Sorgen werden noch durch die Erwartung Moskaus verschärft, dass die amerikanische Außenpolitik unter George W. Bush immer stärker allein auf die Vereinigten Staaten ausgerichtet sein könnte. Dies könnte, wie Moskau befürchtet, die Rolle der Vereinten Nationen schwächen und sich auch auf die amerikanische Zusammenarbeit mit Russland auswirken, was dann unter Umständen die Verhandlungsmöglichkeiten Russlands im Rahmen des NATO-Russland-Dialogs begrenzen würde.

Bisher scheint Moskau einen stärker unilateralen politischen Kurs einschlagen und seine Entschlossenheit zeigen zu wollen,

Unterschiedliche Perspektiven veranlassen Russland und die NATO, im Hinblick auf ihren Dialog miteinander unterschiedliche Konzepte zu verfolgen.

seinen Entscheidungs- und Handlungsspielraum aufrechtzuerhalten. Zugleich lässt es die Bereitschaft erkennen, sowohl mit der NATO als auch mit den Vereinigten Staaten in konfliktfreien Bereichen auf Ad-hoc-Ebene zusammenzuarbeiten, auch wenn es wiederholt die Vorrangstellung der Vereinten Nationen und des Völkerrechts betont hat. Sollte Russland sich als unfähig erweisen, Entwicklungen, die seiner Meinung nach seinen Großmachtstatus untergraben, aktiv entgegenzutreten, wird es sich wahrscheinlich wieder stärker von der weltpolitischen Bühne zurückziehen.

Die wichtigsten Entscheidungen zur NATO-Erweiterung und zur NMD, die einen beträchtlichen Einfluss auf die Beziehungen

zwischen der NATO und Russland haben könnten, fallen wahrscheinlich eher früher als später. Daher bleibt wenig Zeit für die Entwicklung des vom russischen Präsidenten und Lord Robertson vereinbarten aktiven Dialogs. Die beiden Seiten können auf eine lange Tradition harter Verhandlungen miteinander zurückblicken.

Werden nicht bald Ergebnisse erzielt und kommt man auch bei der Überwindung grundlegender Meinungsverschiedenheiten nicht weiter, so besteht die Gefahr, dass der Dialog zwischen Moskau und Brüssel stagniert und die künftige Entwicklung der Beziehungen zwischen der NATO und Russland zu einem Spielball äußerer Einflüsse wird. ■

Informationsbüro der NATO

Am 20. Februar 2001 eröffnete NATO-Generalsekretär Lord Robertson im Zentrum von Moskau ein Informationsbüro der NATO.

Das Büro wird russische Bürger über das Bündnis und seine Aufgaben informieren und die Zusammenarbeit zwischen der NATO und Russland stärken.

In der Eröffnung kommt die Verbesserung der Beziehungen zwischen der NATO und Russland nach den Kosovo-Luftoperationen im Jahre 1999 zum Ausdruck.

Die Vereinbarung über die Eröffnung eines derartigen Büros wurde im Dezember 2000 nach einem Jahr harter Verhandlungen auf der Ministertagung des Ständigen Gemeinsamen Rates erreicht; ihr folgte ein Notenwechsel zwischen Lord Robertson und dem russischen Außenminister Igor Iwanow.

„Mehr als zehn Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges müssen sich die Beziehungen zwischen der NATO und Russland nun zu Beginn des 21. Jahrhunderts zu einer echten strategischen Partnerschaft entwickeln“, erklärte Lord Robertson während der Eröffnungszeremonie.

© NATO



Eröffnungszeremonie: Lord Robertson enthüllt in Moskau anlässlich der Einweihung des NATO-Informationsbüros eine Gedenktafel.

Die NATO verstehen

Michael Rühle rezensiert einige der besten und einige der schlechtesten neueren Publikationen über das Bündnis.

Monographien über die Geschichte der NATO nach dem Ende des Kalten Krieges zu schreiben ist eine schwierige Aufgabe. Man versucht sozusagen, ein bewegliches Ziel auf einem Punkt festzuhalten. Im Vergleich zu Sammelbänden eines Herausgebers, die häufig nur rasch zusammengestellte Konferenzbeiträge unterschiedlicher Länge und Qualität sind, sollten sich Monographien jedoch zumindest durch eine schlüssige und klare Gedankenführung auszeichnen. Liegt die Verantwortung bei nur einem Verfasser, dürfte das Problem der vielen Köche eigentlich nicht entstehen.

Aber was, wenn der Koch kein Rezept hat? Dies ist der Fall bei der Monographie von Peter Duignan, einem Mitarbeiter der Hoover Institution in Stanford (Kalifornien). Sein *NATO: Its Past, Present, and Future* (Hoover Institution Press, 2000) erinnert den Leser an die unvergesslichen Worte von Ambrose Bierce: „The covers of this book are too far apart.“ Die Buchdeckel von Duignans 150-Seiten-Werk sind wirklich etwa 150 Seiten zu weit voneinander entfernt. Schon auf Seite 9 erfährt man, dass die berühmten Lissabonner Streitkräfteziele von 1952 scheinbar in Boston vereinbart wurden. Man liest: „Die NATO-Staaten einigten sich 1998 auf die Erweiterung“ (S. 61), also scheinbar ein Jahr nach dem Madrider Gipfel von 1997. Der „Ausverkauf von Jalta“ von 1945 ist in das Jahr 1946 verlegt worden (S. 71). Auf einer Landkarte (S. 78) wird die Gründung der NATO um drei Jahre auf 1946 vorverlegt, und man erfährt auch, dass Slowenien, Rumänien und Österreich wahrscheinlich in einer angeblich für „2003“ geplanten Erweiterungsrunde als die nächsten Staaten in die NATO aufgenommen werden (S. 115/118).

Bei der Darstellung des NATO-Anpassungsprozesses nach dem Ende des Kalten Krieges lässt Duignan eine erschreckende Unkenntnis erkennen. Gestützt auf Quellen des Jahres 1990 (!) räsoniert er z. B., die WEU werde bezüglich der Sicherheit Europas eine größere Rolle zu spielen haben – in völliger Missachtung der Tatsache, dass die WEU im Grunde genommen aufgelöst wurde. Er scheint auch zu meinen, die ESVI sei nicht eine Politik, sondern eine Institution. Und so gibt er den umwerfenden politischen Rat: „Die WEU sollte daher aufgefordert werden, einen größeren Teil der NATO-Aufgaben zu übernehmen und mit der ESVI zum Aufbau eines von der NATO unterstützten gesamteuropäischen Verteidigungssystems zusammenzuarbeiten. Am besten lässt man die WEU, die anglofranzösische ‚Euro force‘, die OSZE und die ESVI den größten Teil der friedensbewahrenden Aufgaben und Konfliktlösungsfunktionen der NATO in Europa erledigen. Aktivitäten außerhalb Europas sollten auch gemeinsam bewältigt werden, wenn sich die EU beteiligen will“ (S. 119).

Michael Rühle ist Leiter des Referats Politische Planung und Ausarbeitung von Reden der NATO-Abteilung für politische Angelegenheiten.

Diese Travestie erstreckt sich auf das gesamte Spektrum der NATO-Aktivitäten. Man mag es dem Verfasser vielleicht nachsehen, dass er nicht genau weiß, was das NATO-Konzept der alliierten Streitkräftekommandos (CJTF) ist. CJTF mit dem (weltweiten) Militärhilfeprogramm der Vereinigten Staaten zu wechseln erfordert jedoch eine besondere Anstrengung, alles zu verdrehen. Dies gilt auch für die Umbenennung des Ständigen Gemeinsamen NATO-Russland-Rates, der plötzlich als „NATO-Russland-Forum“ bezeichnet wird, oder für die Behauptung, die Sowjetunion habe in Ostdeutschland SS-20-Raketen versteckt. Mit seiner Darstellung des Engagements der NATO auf dem Balkan ist es auch nicht besser: Ibrahim Rugova, ein Symbol der friedlichen Unabhängigkeitsbestrebungen des Kosovos, wäre sicherlich überrascht zu lesen, dass er sich für die Autonomie Kosovos innerhalb Jugoslawiens ausgesprochen haben soll.

Indem er ausnahmslos alle Tatsachen verdreht, ist Duignan zumindest in gewisser Weise konsequent. Bei seinen politischen Urteilen ist jedoch noch nicht einmal ein Ansatz von Folgerichtigkeit erkennbar. Duignan schilt zunächst die Kritiker der Erweiterung und vertritt die Ansicht, die Erweiterung sei der richtige Weg, aber im weiteren Verlauf des Buches ändert er seine Meinung und weist den Leser warnend darauf hin, eine „Verwässerung“ der NATO durch weitere Mitglieder könne den Beschlussfassungsprozess beeinträchtigen (S. 115). Ebenso erklärt er, die berühmten Worte Lord Ismays, der die NATO als ein Mittel „to keep the Germans down“ bezeichnete, seien auch heute noch zutreffend, ändert jedoch im weiteren Verlauf wiederum seine Meinung und führt an, die „Führungsrolle in der NATO... sollte Anfang des 21. Jahrhunderts von den Amerikanern auf die Europäer übergehen“ und „Deutschland ist ein logischer Nachfolger der Vereinigten Staaten“ (S. 119).

Diese gedankliche Berg- und Talfahrt wirkt dadurch noch verwirrender, dass das Buch keine richtige Struktur aufweist (der Umweltausschuss wird z. B. unter der Überschrift der NATO-Erweiterung abgehandelt). Stattdessen ein erzählendes Flipflop zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart, zwischen aus dem NATO-Handbuch zusammengesuchten Fakten und persönlichen Betrachtungen, und insgesamt erweckt alles den Eindruck, als wisse der Verfasser nicht, was er eigentlich sagen will. „Sagen“ ist hier wirklich das richtige Wort, denn ein Großteil des Buches klingt, als sei es direkt ins Diktaphon gesprochen.

Es gibt unzählige schlechte Bücher, und doch ist dieser Fall in gewisser Weise tragisch. Schließlich ist Duignan ein NATO-Befürworter. Er wollte wohl das Engagement der Vereinigten Staaten in Europa verteidigen. Dass er mit seinen Bemühungen um eine so gute Sache auf derart haarsträubende Weise scheiterte, ist einfach deprimierend.

Das Buch *NATO Transformed* (United States Institute of Peace Press, 1998) von David Yost ist dagegen ein Beweis dafür, dass man die unverminderte Relevanz der NATO mit schlüssigen Argumenten überzeugend darlegen kann. Obwohl dieses Werk vor

etwa drei Jahren, also vor den Kosovo-Luftoperationen, veröffentlicht wurde, zählt es auch heute noch zu den besten Monographien dieses Themenbereichs. David Yosts Buch stützt sich auf gründlichste Recherchen und beschreibt zunächst die Geschichte der NATO während des Kalten Krieges, bevor der Anpassungsprozess der NATO nach dem Ende des Kalten Krieges analysiert wird – ein Anpassungsprozess, der durch eine Schwerpunktverlagerung von der kollektiven Verteidigung allein zu einer Kombination aus kollektiver Verteidigung und kollektiver Sicherheit gekennzeichnet ist.

David Yost macht ganz eindeutig klar, wo er Probleme erwartet. Er befürchtet, der Vorstoß der NATO auf das Gebiet der kollektiven Sicherheit, könne sowohl die Fähigkeiten als auch den Zusammenhalt untergraben, die für die Wahrnehmung der Kernfunktion der kollektiven Verteidigung erforderlich sind. Dies erklärt seine recht ausführliche Auseinandersetzung mit dem Gedanken der kollektiven Sicherheit und deren Fußangeln. Angesichts der Schwierigkeiten, das jetzige militärische Engagement der NATO auf dem Balkan aufrechtzuerhalten, sind die warnenden Hinweise David Yosts wirklich ernst zu nehmen. Die allseits bekannten Schwierigkeiten bei den Kosovo-Operationen der NATO

verleihen seiner Warnung davor, dass die NATO eine zu starke Ausweitung ihrer Aufgaben anstreben könne, vielleicht noch mehr Glaubwürdigkeit. Aber ist begriffliche Klarheit bezüglich der Frage, was die NATO „ist“, wirklich so wichtig? Sollten wir uns nicht mehr damit befassen, was die NATO „tut“ – und ob dies richtig ist? Kollektive Verteidigung bedeutet möglicherweise eine weniger große Herausforderung als kollektive Sicherheit, aber kann sich die NATO tatenlose Unschlüssigkeit wirklich leisten, wenn der Balkan brennt? David Yost räumt sogar selbst ein, dass den Bündnispartnern kaum eine andere Wahl bleibt, als eine Doppelstrategie zu verfolgen und – soweit dies machbar und vernünftig ist – ihren kollektiven Sicherheitsbestrebungen nachzugehen, jedoch zugleich ihr Dispositiv und ihre Zielsetzungen im Bereich der kollektiven Verteidigung aufrechtzuerhalten. So kann man sich nicht des Verdachts erwehren, dass diese eingehende Darstellung der kollektiven Sicherheit etwas überdimensioniert ist. David Yost nutzt diese Diskussion jedoch auf eine so wirkungsvolle und informative Weise, dass die Lektüre wirklich sehr lohnt. Wer sich durch die 430 Seiten des Buches nicht abschrecken lässt, wird über die heutige NATO mehr erfahren als durch die Lektüre jedes anderen Buches zu diesem Thema.

Zu den Opfern der Kosovo-Luftoperationen des Bündnisses zählte der 50. Jahrestag der Gründung der NATO. Die Tragödie, die sich im Frühjahr 1999 auf dem Balkan entwickelte, ließ für Betrachtungen über die ersten fünfzig Jahre der Geschichte des Bündnisses nicht viel Zeit. Dass die NATO im Kosovo schließlich doch die Oberhand gewann, war sicherlich die Absage dieser oder jener Gedenkveranstaltung wert. Wer jedoch trotzdem an der Geschichte der NATO interessiert ist, wird *The Long Entanglement: NATO's First Fifty Years* (Praeger, 1999) von Lawrence S. Kaplan sehr zu schätzen wissen. Es handelt sich nicht um eine Monogra-

phie, sondern um eine Sammlung von 12 Aufsätzen, die im Laufe von nahezu zwei Jahrzehnten geschrieben wurden. Das Werk zeichnet sich trotzdem durch eine sehr zusammenhängende Darstellung aus, und die wenigen unvermeidlichen Überschneidungen und Wiederholungen spielen keine große Rolle.

Lawrence S. Kaplan ist Historiker. Der Leser sollte daher nicht zu viel über die Gegenwart oder die Zukunft der NATO erwarten. So wird Kaplan, sobald er aktuelle Fragen behandelt, vage und ausweichend. Wie der Titel zum Ausdruck bringt, liegt sein Schwerpunkt zudem sehr stark auf der amerikanischen Außenpolitik. Dies alles mindert jedoch nicht den Wert dieser Aufsatz-

sammlung. Seine Konzentration auf die Vergangenheit ist sogar ein wohlthuendes Gegengewicht gegenüber denjenigen „Experten“, denen zufolge die Welt 1989 mit dem Ende des Kalten Krieges

begann. Kaplan widerlegt auch

alle, die meinen, dass Geschichte immer langweilig sein muss. Sein Aufsatz *NATO: A Counterfactual History* ist z. B. eine nachdenklich stimmende Spekulation über den Weg, den Europa vielleicht eingeschlagen hätte, wenn die NATO nie gegründet worden wäre. Selbst wenn der Leser den Hochrechnungen Kaplans bei der Frage „Was wäre passiert, wenn...“ viel-

leicht nicht immer zustimmt, ist allein dieses Kapitel schon den Preis des gesamten Buches wert.

Yost und Kaplan haben empfehlenswerte, fundierte Werke über die NATO und die transatlantischen Beziehungen geschrieben. Es sind jedoch Bücher für den NATO-*Fortgeschrittenen*, nicht für den Durchschnittsleser. Ein Werk für den NATO-„Anfänger“ gibt es noch nicht. Wer internationale Beziehungen studiert und eine nicht zu umfangreiche und zugleich gut lesbare Monographie sucht, muss sich noch gedulden. ■



Zweimal ins Schwarze,
einmal daneben.

Akademisches NATO Forum

Stipendien

Die NATO schreibt jedes Jahr sowohl für einzelne Wissenschaftler als auch für Institutionen eine begrenzte Anzahl von Forschungsstipendien aus. Anträge können von Angehörigen der NATO-Staaten und der Partnerländer eingereicht werden.

Ausführliche Informationen:

<http://www.nato.int/acad/home.htm>

Schnellere Dislozierung

Elinor Sloan befasst sich mit der Mobilität und Dislozierbarkeit der NATO-Streitkräfte sowie mit den Auswirkungen der Programme zur Verbesserung der Verteidigungsfähigkeiten.

In den letzten zehn Jahren wurde in der Literatur zu militärischen und sicherheitspolitischen Fragen häufig die sogenannte Revolution im militärischen Sektor erörtert. Dieser Begriff lässt einen sofort an eine High-Tech-Kriegführung mit modernsten Ortungs-, Kommunikations- und Computersystemen, Stealth-Technologie und präzisionsgelenkten Waffen denken. Was in dieser Debatte häufig unberücksichtigt bleibt, ist die Tatsache, dass es keine Revolution geben wird, bevor diese technologischen Wunderwerke nicht mit einer drastischen Änderung der Doktrinen und der Organisationsstrukturen verbunden werden. Für die Fähigkeit der NATO, die Aufgaben des neuen internationalen Sicherheitsumfelds effizient zu bewältigen, ist eine bessere Dislozierbarkeit und Mobilität der Bündnisstreitkräfte von entscheidender Bedeutung. Es überrascht also nicht, dass Dislozierbarkeit und Mobilität im Strategischen Konzept der NATO als wesentliche operationelle Fähigkeiten der Bündnisstreitkräfte bezeichnet werden und auch die auf hoher Ebene zur Verbesserung und Modernisierung der militärischen Fähigkeiten eingeleitete Initiative zur Verteidigungsfähigkeit die Dislozierbarkeit und Mobilität der NATO-Streitkräfte als wesentlichen Schwerpunktbereich der Anpassungsmaßnahmen enthält.

Man kann sagen, dass die Dislozierbarkeit und Mobilität der Streitkräfte von deren Bereitschaftsgrad, Ausbildung, organisatorischer Struktur und Ausrüstung abhängig sind. Gesetzliche Hürden, die einen Einsatz von Wehrpflichtigen außerhalb ihres eigenen Landes verhindern, bedeuten in Verbindung mit dem Erfordernis hochqualifizierter Soldaten, die also auch längere Dienstzeiten vorweisen können, dass sich eine gute Dislozierbarkeit bei Berufsarmeen eher erreichen lässt. Viele NATO-Staaten, wie z.B. Kanada, die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich, haben seit jeher oder zumindest schon seit mehreren Jahrzehnten Berufsarmeen. In anderen Staaten gibt es dagegen traditionell ein Wehrpflichtsystem, und hier hat sich in den letzten Jahren viel geändert.

Am meisten Beachtung verdient in diesem Zusammenhang vielleicht der 1996 vom französischen Präsidenten Jacques Chirac gefasste Beschluss, nach mehr als 200 Jahren die Wehrpflicht abzuschaffen und so aus den französischen Streitkräften eine Berufsarmee zu machen. Den Anstoß dazu erhielt Frankreich durch den Golfkrieg und die Schnellreaktionstruppe, die 1995 nach Bosnien und Herzegowina (Bosnien) entsandt wurde. In beiden Fällen konnte Frankreich seinen Truppenbeitrag nur leisten, indem aus vielen verschiedenen Einheiten die Berufssoldaten „absahnte“.

Elinor Sloan ist Mitarbeiterin der Abteilung für strategische Analysen im nationalen Führungsstab der kanadischen Streitkräfte und Autorin von „Bosnia and the New Collective Security“ (Praeger, 1998) sowie von „The Revolution in Military Affairs: Implications for Canada and NATO“ (McGill-Queens Press, erscheint 2001).

Der Umbau der Streitkräfte zu einer Berufsarmee macht inzwischen gute Fortschritte und soll 2002 abgeschlossen sein; dann werden im Gegensatz zu 1996, als der Anteil der Berufssoldaten unter 60% lag, mehr als 90% der französischen Streitkräfte Berufssoldaten sein.

Dagegen wollten mehrere deutsche Regierungen in den ersten zehn Jahren nach dem Ende des Kalten Krieges nichts von einem Abbau oder einer Abschaffung der Wehrpflicht wissen; sie führten an, dass der Wehrdienst ein wichtiger Teil der Bundeswehrkultur sei, der den militärischen und den zivilen Sektor der Gesellschaft wirkungsvoll miteinander verbinde. Dieser Standpunkt wird erst in letzter Zeit etwas weniger energisch verteidigt. Nachdem durch die *Operation Allied Force*, die Kosovo-Operationen der NATO, mehr als deutlich zutage getreten war, dass eine Armee aus Wehrpflichtigen für das internationale Sicherheitsumfeld der heutigen Zeit ungeeignet ist, empfahl die von der Regierung eingesetzte Kommission für gemeinsame Sicherheit und die Zukunft der Bundeswehr (Wehrreformkommission) im Mai 2000 einschneidende Änderungen des Wehrpflichtsystems. Nun soll die Zahl der deutschen Wehrpflichtigen auf jährlich 80 000 Rekruten begrenzt werden, was weit unter dem früheren Niveau von 135 000, wenn auch deutlich höher liegt als die von der Wehrreformkommission empfohlene Zahl von 30 000.

In den letzten zehn Jahren haben auch mehrere andere NATO-Staaten die Zusammensetzung ihrer Streitkräfte verändert, indem sie den Anteil der Berufssoldaten erhöhten. Belgien und die Niederlande haben die Wehrpflicht ganz abgeschafft, während Italien, Portugal und Spanien dies im Laufe der nächsten Jahre erreichen wollen. Die Tschechische Republik und Ungarn planen, die Wehrpflicht abzuschaffen oder einzuschränken, sobald dies finanziell machbar ist, und Polen hat vor kurzem seine Absicht bekannt gegeben, seine Streitkräfte abzubauen und bis 2003 den Anteil der Berufssoldaten auf 50% zu erhöhen.

Änderungen bei den auf schweres Gerät ausgelegten Streitkräftestrukturen der Zeit des Kalten Krieges sind für die Verbesserung der Dislozierbarkeit und Mobilität der NATO-Streitkräfte ebenfalls von zentraler Bedeutung. Dazu gehört der zahlenmäßige Abbau der umfangreichen Armeen des Kalten Krieges. Die französischen Streitkräfte sollen bis 2002 von 500 000 (Stand von 1996) auf 357 000 Mann abgebaut werden, während der Umfang der deutschen Streitkräfte in den nächsten drei bis vier Jahren von derzeit 320 000 auf etwa 275 000 Mann reduziert wird. Andere NATO-Staaten wie Kanada, die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich führten Anfang bis Mitte der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts einen ähnlichen Abbau ihrer Streitkräfte um 25 bis 30 Prozent durch.

Noch wichtiger ist die Umstrukturierung der beibehaltenen Streitkräfte, so dass schneller verlegbare Einheiten gebildet werden können, deren Zerstörungskraft unverändert hoch ist. Auch hier waren in den letzten Jahren bedeutende Entwicklungen zu beobachten. Durch die 1998 im Vereinigten Königreich durchgeführte Überprüfung der Verteidigungsstrategie wurde eine Abkehr

von einer kontinental-europäischen Strategie hin zu einer Strategie in die Wege geleitet, die sich auf Expeditionstreitkräfte für die Machtprojektion während einer Krise konzentriert. Die britische Armee ist reorganisiert worden und besteht nun aus zwei verlegbaren Divisionen, die sich jeweils aus drei flexiblen und mobilen Brigaden zusammensetzen. Das Vereinigte Königreich stellt zudem eine teilstreitkraftübergreifende Schnellreaktionstruppe zusammen, einen Verband schlagkräftiger und vielseitig verwendbarer Einheiten aller drei Teilstreitkräfte, der noch in diesem Jahr voll einsatzfähig werden soll.

Im Einklang mit seinem Militärprogrammgesetz von 1996 strukturiert Frankreich seine Streitkräfte nun so um, dass es über 51 Manöverregimenter verfügt, die durch 15 Logistikregimenter und 19 Unterstützungsregimenter für besondere Aufgaben ergänzt werden; diese Regimenter sind wiederum in 11 Kampfbrigaden eingeteilt. Die Regimenter stellen die Grundeinheiten dar, die je nach der Art der Krise, die sie zu bewältigen haben, in verschiedenen Zusammensetzungen eingesetzt werden. Frankreich will bis 2002 ebenfalls über eine Schnellreaktionstruppe mit einem Umfang von 50 000 bis 60 000 Mann verfügen, die rasch überall in der Welt disloziert werden kann. Unterdessen hat auch Deutschland seine eigene Krisenreaktionstruppe aufgestellt, die sich aus sechs voll ausgerüsteten Brigaden, 18 Staffeln und etwa 40% der Schiffe der Marine zusammensetzt. Diese Truppe von 50 000 Mann, die sich im Einklang mit den Empfehlungen der Wehrreformkommission ausschließlich aus Berufssoldaten zusammensetzt, soll zu einer Bereitschaftstruppe von 150 000 Mann ausgebaut werden, in der



Großer Vogel: Die NATO-Mitglieder sind im Hinblick auf Langstreckentransporte von den Vereinigten Staaten abhängig.

© Reuters

See-, Land- und Luftstreitkräfte nach dem Rotationsprinzip in drei Gruppen von jeweils 50 000 Mann zur Verfügung stehen.

Das amerikanische Heer, das sich durch seine in Albanien während der Operation Allied Force zutage getretene Unfähigkeit zur raschen Dislozierung seiner Apache-Hubschrauber gedemütigt fühlt, hat indessen selbst einen tief greifenden Umbau seiner Strukturen vorgenommen. Als Abrundung seiner auf schweres und leichtes Gerät ausgelegten Komponenten baut diese Teilstreitkraft ein im Mittelfeld anzusiedelndes Kommando auf, das am Ende dieses Jahrzehnts aus mindestens fünf Schnellreaktionsbrigaden bestehen soll. Zudem hat die amerikanische Luftwaffe ihre Kampftruppen völlig umstrukturiert, so dass sie nun über zehn luftbewegliche Expeditionskommandos verfügt, die rasch überall in der Welt dislozierbar sind. Mehrere andere NATO-Staaten, darunter Italien, die Niederlande, Spanien und die Türkei, haben ihre Streitkräfte ebenfalls in den letzten zehn Jahren umstrukturiert, um deren Dislozierbarkeit und Mobilität zu erhöhen.

Auch die NATO als Bündnis hat Initiativen zur Anpassung ihrer Streitkräftestruktur an das Sicherheitsumfeld der Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges in die Wege geleitet. Zu Beginn der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts baute sie das Schnelleingreifkorps des Alliierten Kommandobereichs Europa (ARRC) auf, einen mobilen Stab mit einem multinationalen militärischen Personal von etwa 1000 Mann. Darüber hinaus arbeitet das Bündnis seit 1994 an der Umsetzung des Konzepts der alliierten Streitkräftekommandos (CJTF). Dies ist mit dem Aufbau mobiler Führungsstäbe verbunden, die von der stän-

digen, standortgebundenen Kommandostruktur abgetrennt werden können und es ermöglichen sollen, dass Einheiten verschiedener Teilstreitkräfte und Staaten im Hinblick auf bestimmte Situationen maßgeschneidert zusammengefasst werden können. Die ständige Kommandostruktur der NATO ist selbst erheblich verändert worden, und mit dem Übergang zur neuen Kommandostruktur ist man schon weit vorangekommen.

Das CJTF-Konzept macht zwar Fortschritte, aber es ist noch nicht vollständig umgesetzt worden. Zudem gelangt man zunehmend zu der Einsicht, dass das ARRC, das sowohl in Bosnien (1995) als auch im Kosovo (1999) eingesetzt wurde, durch mindestens einen zweiten mobilen Stab dieser Art verstärkt werden muss. Admiral Guido Venturoni, der Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, hat die Ansicht geäußert, es müsse sich vielleicht eher um drei Heereskorps und Führungsstäbe mit hohem Bereitschaftsgrad und sechs solcher Kommandos mit einem geringeren Bereitschaftsgrad handeln, der für Operationen ausreichend ist, die über einen längeren Zeitraum hin durchzuführen sind. Vergleichbare Truppen und Führungsstäbe werden auch für die See- und Luftstreitkräfte gebraucht. Die Mitgliedstaaten haben bereits zwölf Stäbe angeboten, die dann für Operationen auf Bündnisebene einen (stärker) multinationalen Charakter bekommen müssten; dazu zählen das Eurokorps (fünf beteiligte Staaten) und das deutschniederländische Korps. Diesbezügliche Entscheidungen werden sicherlich in den Schlussfolgerungen und Empfehlungen der derzeitigen NATO-Untersuchung zur Streitkräftestruktur enthalten sein. Somit sind mehrere einzelstaatliche und bündnisweite Maßnahmen getroffen worden, mit denen man den organisatorischen und strukturellen Anforderungen einer Schnellreaktionsfähigkeit gerecht werden will.

Im Hinblick auf die Ausrüstung sind zwei Faktoren für die Verbesserung der Dislozierbarkeit und Mobilität der Streitkräfte von zentraler Bedeutung. Erstens braucht man mobilere Heeresplattformen, die eine unverändert hohe Zerstörungskraft haben und einen unverminderten Truppenschutz bieten. Viele NATO-Staaten haben ihre Krisenreaktionskräfte bereits mit leichten gepanzerten Fahrzeugen ausgerüstet oder planen solche Schritte; dazu zählen das LAV III (Kanada und die Vereinigten Staaten), das französische gepanzerte Infanteriekampffahrzeug und das rundumgeschützte Fahrzeug (Deutschland). Diese Plattformen mit Radantrieb sind viel leichter als die Kampfpanzer mit ihrem Kettenantrieb, sie können in größerer Zahl mit Hilfe von Flugzeugen verlegt werden, und sie sind vor Ort vielseitiger verwendbar. Sie bieten jedoch keinen so guten Truppenschutz und keine so hohe Feuerkraft wie ein Kampfpanzer. Folglich verbessern die NATO-Staaten weiterhin ihre Panzer und/oder beschaffen neue (z.B. Leclerc, Leopard 2, Challenger 2 und M1 Abrams).

Es sind bereits Projekte zur Entwicklung leichter Kampffahrzeuge eingeleitet worden, die den Transporterfordernissen bei raschen Verlegungen gerecht werden sollen. Dazu zählen das Armoured Combat Vehicle Kanadas, die Neue gepanzerte Plattform Deutschlands und das Future Combat System Amerikas. Diese Systeme werden jedoch frühestens in zehn Jahren einsatzfähig sein. Die Vereinigten Staaten tendieren wegen ihrer geostrategischen Lage und ihrer globalen Sicherheitsinteressen am stärksten zu einem derartigen Übergang von schweren zu leichteren, mobileren und besser verlegbaren Bodenstreitkräften. Sie haben daher die Programme für

die Modernisierung des Abrams-Panzers und zur Entwicklung der Crusader-Panzerhaubitze erheblich gekürzt und die dadurch freigebliebenen Mittel dem Future Combat System zugeleitet. Im Gegensatz dazu halten europäische Investitionsprogramme weiterhin an schwereren gepanzerten Fahrzeugen wie Panzern, Panzerhaubitzen und Artilleriewaffen fest.

Noch wichtiger für die Verbesserung der Dislozierbarkeit und Mobilität sind strategische Luft- und Seetransportmöglichkeiten. Hier hinken Kanada und die europäischen NATO-Mitglieder weit hinter den Vereinigten Staaten hinterher. Mehrere Staaten haben zwar Flotten von Transportflugzeugen des Typs C-130 und C-160, aber diese gelten eher als taktische und nicht so sehr als strategische Plattformen. Darüber hinaus sind viele der größeren Transportflugzeuge wie die französischen und deutschen C-160 schon alt und müssten ausgetauscht werden. Da es kein System gibt, das mit den amerikanischen Großraumtransportflugzeugen (C-17 bzw. C-15) vergleichbar wäre, sind die NATO-Mitglieder in Bezug auf Langstreckentransporte ihrer Truppen und „übergroßer“ Ausrüstung fast völlig von den Vereinigten Staaten abhängig.

Man trifft bereits Maßnahmen, um dieses Problem zu lösen. Mehrere europäische NATO-Mitglieder, einschließlich Belgiens, Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Spaniens, der Türkei und des Vereinigten Königreichs, haben schon mit Airbus Industries Verträge über den Kauf von 200 Großraumtransportflugzeugen des Typs A400M (auch als Future Large Aircraft bezeichnet) geschlossen. Man geht jedoch davon aus, dass dieses Flugzeug erst etwa 2007 einsatzfähig ist, und aus den jetzigen Konstruktionsplänen geht hervor, dass es nicht für den Transport „übergroßer“ Ausrüstung ausgelegt sein wird. Zur Überbrückung dieser Kluft im Bereich der strategischen Lufttransportfähigkeiten hat das Vereinigte Königreich einen Leasingvertrag für vier C-17-Flugzeuge vereinbart, von denen das erste der britischen Luftwaffe

noch vor Ablauf dieses Jahres geliefert werden soll. Zur Deckung kurz- und mittelfristiger Erfordernisse werden Frankreich und Deutschland möglicherweise ebenfalls einige C-17 oder vielleicht auch das russisch-ukrainische Transportflugzeug AN-70 leasen, aber hier steht eine Entscheidung noch aus. Auch Kanada prüft Möglichkeiten zur Verbesserung seiner Lufttransportfähigkeiten. 1999 unterstützte Frankreich eine deutsche Initiative zum Aufbau eines Europäischen Militärischen Lufttransportkommandos, mit dem man über nationale Grenzen hinweg Lufttransportressourcen wie strategische Transportflugzeuge und Tankflugzeuge für die Luftbetankung zusammenfassen könnte. Diese Initiative wird derzeit in der Europäischen Luftstreitkräftegruppe geprüft, die nun in einem ersten Schritt eine Koordinierungszelle für Lufttransport einrichtet.

Zur Verbesserung der Seetransportfähigkeiten plant das Vereinigte Königreich den Bau zweier neuer, größerer Flugzeugträger (Fertigstellung etwa 2015) und erhöht die Zahl seiner Roll-on-roll-off-Containerschiffe von zwei auf sechs. Frankreich hat nur noch einen Flugzeugträger (*Charles de Gaulle*), plant jedoch den Erwerb von mehr Roll-on-roll-off-Schiffen und hat mit den Niederlanden vereinbart, die Seetransportfähigkeiten für den Transport schweren Geräts in Krisengebiete in einem Pool zusammenzufassen. Kanada macht Fortschritte bei seinem Projekt „Afloat Logistics and Sealift

Kanada und die europäischen NATO-Mitglieder haben bisher wenig Fortschritte in Richtung auf das Ziel gemacht, ihre Streitkräfte mit den Mitteln für eine rasche Luft- und Seeverlegung auszustatten.

Capability“, in dessen Rahmen ein Mehrzweckschiff entwickelt wird, das u.a. auf strategische Transportmöglichkeiten des Heeres ausgerichtet sein soll. Deutschland konzentriert sich nicht so sehr auf strategische Transportfähigkeiten, sondern eher auf den Aufbau flexibler Seestreitkräfte; hier werden neue Fregatten, U-2-Boote und Versorgungsschiffe gebaut.

Für diejenigen Staaten, die sowohl EU- als auch NATO-Mitglieder sind, besteht ein bedeutender Anreiz zur Verbesserung der Dislozierbarkeit und Mobilität der Streitkräfte in dem Ziel der EU, bis 2003 eine Schnelleingreiftruppe von 60 000 Mann aufgestellt zu haben. Diese Truppe soll mobil sein, ihre militärische Durchhaltefähigkeit selbst gewährleisten können und innerhalb von 60 Tagen in weit entfernte Krisengebiete verlegbar sein. Während die NATO-Aufgaben das gesamte Spektrum möglicher Konflikte umfassen, wird sich die EU-Truppe wahrscheinlich auf Operationen zur Unterstützung des Friedens und auf Krisenbewältigungsmissionen konzentrieren. Wegen dieser unterschiedlichen Aufgaben ist es denkbar, dass die EU-Initiative einige auch der EU angehörende NATO-Mitglieder von der Verbesserung ihrer militärischen Fähigkeiten in denjenigen Bereichen ablenken könnte, die eher für anspruchsvolle Operationen zur Gewährleistung der kollektiven Sicherheit relevant sind, wie z.B. Gefechtsführung unter Einsatz von Präzisionswaffen und Unterdrückung von Feindfeuer. Diese auch der EU angehörenden NATO-Mitglieder werden jedoch, gleichviel ob sie auf einen regelrechten Krieg oder auf einen Konflikt reagieren, den man noch nicht als Krieg bezeichnen kann, dazu in der Lage sein wollen, ihre Truppen rasch in das jeweilige Krisengebiet zu verlegen und dann vor Ort deren Mobilität sicherzustellen. Der wichtigste Anreiz, den Frankreich und Deutschland in den nächsten Jahren für das Leasen von Großraumtransportflugzeugen haben, dürfte wohl wirklich in ihren EU-Verpflichtungen bestehen, die sie einhalten müssen, wenn sie das für 2003 angestrebte Ziel erreichen wollen.

Die Auswirkungen der EU-Initiative zur Entwicklung leichterer Bodentruppen, die aber über eine unverändert hohe Zerstörungskraft verfügen, lassen sich nicht so leicht abschätzen. Die Konzentration der EU auf weniger anspruchsvolle Aufgaben könnte die Beschaffung gepanzerter Plattformen mit Radantrieb beschleunigen, die dank ihrer höheren Gefechtsfeldmobilität besser für Operationen zur Unterstützung des Friedens geeignet sind. Ebenso könnte dadurch jedoch die Entwicklung von Systemen verlangsamt werden, die dem amerikanischen Future Combat System vergleichbar wären.

Vieles wird von den Verteidigungshaushalten und insbesondere davon abhängig sein, welcher Anteil für die Wehrbeschaffung eingeplant wird. In den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts wurden die Verteidigungsetats aller NATO-Staaten drastisch gekürzt, und hier ist erst in letzter Zeit eine Trendwende eingetreten. Kanada, das Vereinigte Königreich und vor allem die Vereinigten Staaten haben in den letzten beiden Jahren eine reale Erhöhung ihres Verteidigungshaushalts verzeichnen können. Im Gegensatz dazu ist der deutsche weiter reduziert worden, während der französische Verteidigungsetat im Wesentlichen unverändert blieb. Elf weitere europäische NATO-Mitglieder haben erklärt, dass sie für 2001 eine reale Steigerung ihrer Verteidigungsausgaben planen, aber die Zuwächse werden gering sein, und es wird eine Weile dauern, bis sie sich in konkreten Fähigkeiten niederschlagen. Im Zuge des Übergangs zu Berufssarmeen wird wahrscheinlich mehr Geld für die Wehrbeschaffung zur Verfügung stehen. Dies gilt jedoch auch erst auf längere Sicht. Frankreich hat beispielsweise festgestellt, dass die Erhöhung des Anteils der Berufssoldaten unter den Streitkräften zunächst einmal viel mehr kostet, als ursprünglich erwartet wurde.

Eine pragmatische Prüfung der Dislozierbarkeit und Mobilität der NATO-Streitkräfte ergibt ein uneinheitliches Bild. In manchen Staaten sind bei der Umstrukturierung der Streitkräfte und deren Umbau zu einer Berufssarmee schon bedeutende Fortschritte erzielt worden, während die Reformen in anderen Staaten sehr viel langsamer vor sich gehen. Dies gilt auch für die Streitkräftestruktur der NATO. Die Armeen werden leichter und mobiler, aber man misst der Vorbereitung auf eine Kampfführung mit schwerem gepanzertem Gerät unverändert große Bedeutung bei. Allgemein betrachtet wird die EU-Initiative die Dislozierbarkeit und Mobilität von NATO-Streitkräften wohl erhöhen. Darüber hinaus gibt es Pläne für weitere wichtige Projekte. Dies ändert jedoch nichts daran, dass Kanada und die europäischen NATO-Mitglieder bisher wenig Fortschritte in Richtung auf das Ziel gemacht haben, ihre Streitkräfte mit den Mitteln für eine rasche Luft- und Seeverlegung auszustatten. Es wird noch etwas dauern, bis sich die geplanten Steigerungen der Verteidigungsetats in konkreten Fähigkeiten niederschlagen können. Selbst die Vereinigten Staaten, deren Reformen durch die Kosten laufender Operationen und Bereitschaftserfordernisse behindert werden, könnten bei ihren Bemühungen um eine Umstrukturierung der Streitkräfte auf Schwierigkeiten stoßen. Die Revolution ist zwar im Gange, aber bis zu ihrer Vollendung wird es noch viele Jahre dauern. ■



Das Wissenschaftsprogramm der NATO „Wissenschaftler für Fortschritt und Frieden“



Das Wissenschaftsprogramm der NATO unterstützt Kooperationsprojekte von Wissenschaftlern aus NATO-Staaten und Partnerstaaten. Das Programm, das nicht dem Verteidigungsbereich zuzurechnen ist, soll die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern verschiedener Staaten im Hinblick auf die Herstellung dauerhafter Kontakte fördern und dazu beitragen, Wissenschaftlergruppen in den Partnerstaaten zu unterstützen.

Ausführliche Informationen:

<http://www.nato.int/science>

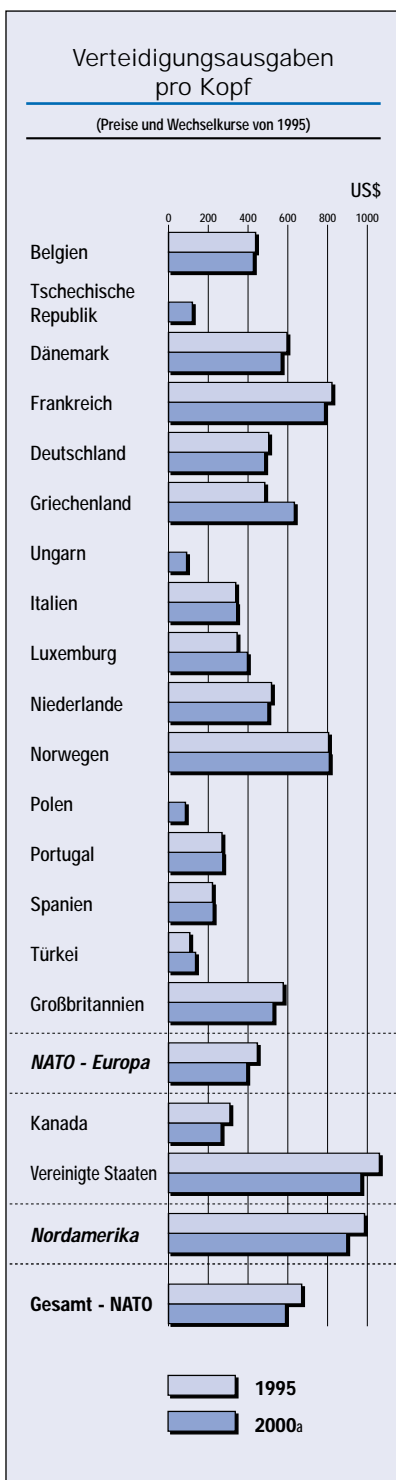
Verteidigungsausgaben

Die NATO veröffentlicht einmal jährlich die Tabellen zu den Verteidigungsausgaben. Die vollständigen Angaben, die bisher im *NATO BRIEF* erschienen, sind nun über Internet zugänglich. Da die NATO Verteidigungsausgaben anders definiert als die einzelnen Mitgliedstaaten, können die hier wiedergegebenen Zahlen von den Angaben

nationaler Behörden oder den Angaben in den einzelnen Staatshaushalten abweichen. Die Zahlen für Frankreich können nur als Anhaltspunkte dienen, da Frankreich nicht der integrierten Militärstruktur angehört und sich nicht an der Verteidigungsplanung der NATO beteiligt.

Island hat keine Streitkräfte. Für Polen, die Tschechische Republik und Ungarn werden die Zahlen erst ab 1999, dem Beitrittsjahr dieser drei Staaten, angegeben.

// keine Angaben verfügbar
| Bruch in der Kontinuität der Daten
a Voranschlag



Verteidigungsausgaben der NATO-Länder

Land	Währungseinheit (Millionen)	1980	1985	1990	1995	1996	1997	1998	1999	2000a
(0)	(-)	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
in jeweiligen Preisen und Wechselkursen										
Belgien	BF	115754	144183	155205	131156	131334	131796	133007	136252	140256
Tschechische Republik	CZK	//	//	//	//	//	//	//	41167	44022
Dänemark	DKr	9117	13344	16399	17468	17896	18521	19079	19428	19349
Frankreich	FF	110514	186715	231911	238432	237375	241103	236226	239488	243936
Deutschland	DM	48518	58650	68376	58986	58671	57602	58327	59854	59617
Griechenland	Dr	96975	321981	612344	1171377	1343276	1510684	1724621	1853189	1981984
Ungarn	HUF	//	//	//	//	//	//	//	187672	218023
Italien	1000 Lit	7643	17767	28007	31561	36170	38701	40763	43062	43002
Luxemburg	LuxF	1534	2265	3233	4194	4380	4797	5197	5330	5468
Niederlande	NLG	10476	12901	13513	12864	13199	13345	13561	14534	14192
Norwegen	NKr	8242	15446	21251	22224	22813	23010	25087	25809	25675
Polen	PLN	//	//	//	//	//	//	//	12599	14065

Verteidigungsausgaben als Prozentsatz des Bruttoinlandsprodukts

Land	Durchschnitt 1980 - 1984	Durchschnitt 1985 - 1989	Durchschnitt 1990 - 1994	Durchschnitt 1995 - 1999	1996	1997	1998	1999	2000a
(0)	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
in jeweiligen Preisen									
Belgien	3.2	2.8	2.0	1.5	1.6	1.5	1.5	1.4	1.4
Tschechische Republik	//	//	//	//	//	//	//	2.2	2.3
Dänemark	2.4	2.0	1.9	1.7	1.7	1.7	1.6	1.6	1.5
Frankreich	4.0	3.8	3.4	2.9	3.0	2.9	2.8	2.7	2.7
Deutschland	3.3	3.0	2.1	1.6	1.6	1.6	1.5	1.5	1.5
Griechenland	5.3	5.1	4.4	4.6	4.5	4.6	4.8	4.8	4.9
Ungarn	//	//	//	//	//	//	//	1.6	1.7
Italien	2.1	2.3	2.1	1.9	1.9	2.0	2.0	2.0	1.9
Luxemburg	1.0	1.0	0.9	0.8	0.8	0.8	0.8	0.8	0.7
Niederlande	3.0	2.8	2.3	1.8	1.9	1.8	1.7	1.8	1.6
Norwegen	2.7	2.9	2.8	2.2	2.2	2.1	2.3	2.2	1.9
Polen	//	//	//	//	//	//	//	2.0	2.0
Portugal	2.9	2.7	2.6	2.3	2.4	2.4	2.2	2.2	2.2
Spanien	2.3	2.1	1.6	1.4	1.4	1.4	1.3	1.3	1.3
Türkei	4.0	3.3	3.8	4.4	4.1	4.1	4.4	5.4	6.0
Großbritannien	5.2	4.5	3.8	2.8	3.0	2.7	2.7	2.5	2.4
NATO - Europa	3.5	3.2	2.6	2.2	2.2	2.2	2.1	2.1	2.1
Kanada	2.0	2.1	1.9	1.4	1.4	1.2	1.3	1.3	1.2
Vereinigte Staaten	5.6	6.0	4.7	3.3	3.5	3.3	3.1	3.0	3.0
Nordamerika	5.3	5.6	4.4	3.2	3.3	3.2	3.0	2.9	2.9
Gesamt - NATO	4.5	4.5	3.5	2.7	2.8	2.7	2.6	2.6	2.5



Die vollständigen finanziellen und wirtschaftlichen Daten bezüglich der NATO-Verteidigungsausgaben sind zugänglich über: www.nato.int/docu/pr/2000/p00-107e.htm.



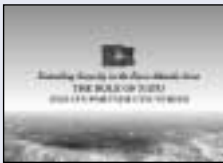
*KOSOVO - ONE YEAR ON -
Achievement and Challenge*
Bericht des NATO-Generalsekretärs Lord Robertson.

The NATO Handbook - 50th Anniversary edition
Umfassende Darstellung der Ziele und Aktivitäten der NATO
sowie ihrer derzeitigen Strategien und Strukturen; eine
Chronologie der ersten 50 Jahre der Bündnisgeschichte
nebst einer Sammlung zentraler politischer und juristischer
Dokumente.



Economics Colloquium 1999
Bericht über das im November 1999 veranstaltete
Kolloquium über wirtschaftliche Entwicklungen und
Reformen in den Partnerstaaten.

The Reader's Guide to the Washington Summit
Sammlung aller offiziellen Texte und Erklärungen des
Washingtoner NATO-Gipfels vom April 1999 einschließlich
Hintergrundinformationen zu NATO-Programmen und
-Aktivitäten.



*Extending Security :
The Role of NATO and its Partner Countries*
Umfassende illustrierte Darstellung der Arbeitsweise der
NATO und der politischen Entwicklung in zentralen
Tätigkeitsbereichen des Bündnisses.

NATO at 50
Faltblatt mit einem Abriss der Geschichte des Bündnisses
und einer Zusammenfassung der wichtigsten Themen auf
der derzeitigen Tagesordnung der NATO.



NATO Topics
Anschauliche Darstellung des Bündnisses mit einer Beschreibung der
Meilensteine in der Geschichte der NATO und der wichtigsten Themen
auf ihrer derzeitigen Tagesordnung.
(nur elektronisch: www.nato.int/docu/topics/2000/home.htm)

NATO Update
Wöchentliches Informationsblatt mit einer kurzen Darstellung von
NATO-Aktivitäten und -Ereignissen und einem allgemeinen Überblick
über bündnisweite Initiativen.
(nur elektronisch: www.nato.int/docu/update/index.htm)



**ALLE VERÖFFENTLICHUNGEN SIND IN ENGLISCHER UND FRANZÖSISCHER SPRACHE ERHÄLTlich;
VIELE LIEGEN AUCH IN ANDEREN SPRACHEN VOR.**

Anfragen und Bestellungen sind zu richten an:

Office of Information and Press – Distribution Unit
Bld Leopold III – B-1110 Brüssel, Belgien
Tel.: 00-32-2 707 5009
Fax: 00-32-2 707 1252
E-Mail: distribution@hq.nato.int

Elektronische Versionen dieser Veröffentlichungen sind
erhältlich über www.nato.int.

Dort werden auch offizielle Erklärungen,
Presseverlautbarungen und Reden sowie sonstige
Informationen über Struktur, Politik und Arbeit des
Bündnisses veröffentlicht; zudem besteht Zugang
zu mehreren Online-Servern.

Vertriebsadresse: Deutsche Vertriebsgesellschaft
Vertriebsadresse: für Publikationen und Filme mbH
Vertriebsadresse: Birkenmaastr. 8, 53340 Meckenheim
Vertriebsadresse: Postfach 1149, 53333 Meckenheim

nordatlantikvertragsorganisation



*belgien
dänemark
deutschland
frankreich
griechenland
grossbritannien
island
italien
kanada
luxemburg
niederlande
norwegen
polen
portugal
spanien
türkei
tschechische republik
ungarn
usa*